Die Zukunft Sowjet-Rußlands

Von

Raphael Abramowitsch
Mitglied des Zentral-Komitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands



1923
Verlag: Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H.
Jena



DIE ZUKUNFT SOWJETRUSSLANDS

VON

RAPHAEL ABRAMOWITSCH

MITGLIED DES ZENTRALKOMITEES DER SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI RUSSLANDS



1923

Verlag: Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena

INHALTSVERZEICHNIS

I. DIE KLASSENGLIEDERUNG IM HEUTIGEN RUSSLAND

Der Versuch der russischen Kommunisten, in Rußland eine klassenlose kommunistische Gemeinschaft zu errichten, eine Gesellschaft, die weder Ausbeuter noch Ausgebeutete kennt, weder Herrscher noch Unterdrückte, ist kläglich gescheitert. Die Kommunisten haben das selbst so oft und so ausdrücklich zugegeben, daß es sich erübrigt, darüber noch eine Diskussion zu führen.

Das bedeutet aber, daß Sowjetrußland ein Klassenstaat geblieben ist. Allein die Klassen sind nicht mehr die alten geblieben, zum Teil haben sie sich verändert, zum Teil sind neue hinzugetreten.

Eine Klasse, die im alten Rußland die mächtigste und stärkste war, ist völlig verschwunden, das ist die Klasse des feudalen Großgrundbesitzes, des Junkertums, die russische Aristokratie. Mit ihr ist auch der „größte russische Grundbesitzer", wie er sich selbst mit Vorliebe bezeichnete, zugleich das oberste Haupt des feudalen Systems, in der Versenkung verschwunden — der russische Zar.

In dieser Tatsache liegt die Grundbedeutung der russischen Revolution als einer Revolution der 130 Millionen russischer Bauern gegen einige zehntausend Großgrundbesitzer.

Daneben ist auch eine zweite Klasse fast zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken, die Großbourgeoisie, die Klasse der Fabrikbesitzer, Bankiers und Großkaufleute. Ihr Tod ist jedoch nur vorübergehend. Es ist dies kein wahrer Tod, weil hier mit der Auferstehung der nur scheintoten Klasse gerechnet werden kann.

Feudalismus und feudale Aristokratie sind Mächte der Vergangenheit, die nur Tradition, geschichtliche Ueberlieferung als Erbstück vergangener Zeitalter am Leben erhielt; Feudalismus kann nach erfolgter Parzellierung des Großgrundbesitzes nicht neu geschaffen werden. Das Kapital dagegen kann jederzeit neu erstehen, erneut aufgehäuft werden. Hierin unterscheidet sich auch die Klasse der Kapitalisten von der der Großgrundbesitzer. Indes kann in dem gegenwärtigen Augenblick auch von einer Kapitalistenklasse im modernen Sinne des Wortes nicht die Rede sein.

Wesentlich anders verhält es sich mit der mittleren und kleinen Bourgeoisie.

1. DIE NEUE BOURGEOISIE

Im Verlaufe von drei Jahren haben die Bolschewiki danach gestrebt, jede Spur der Bourgeoisie, sei es der großkapitalistischen oder der kleinbürgerlichen, mit Eisen und Blut zu tilgen. Drei Jahre hindurch wurden selbst die Namen: Händler, Kaufmann, Fabrikant, die ja nichts als rein wirtschaftliche, nationalökonomische

Begriffe sind, durch kriminalistische Bezeichnungen: Schieber, Wucherer, ersetzt und somit in das Gebiet des Strafrechts, in die Sphäre des zu sühnenden Verbrechens übertragen. Doch hat in Wirklichkeit das kleine und mittlere Bürgertum in Rußland auch nicht für den kürzesten Zeitraum aufgehört zu existieren. Denn es war volkswirtschaftlich unentbehrlich, und ohne es wäre ein noch so unbedeutender und geringer ununterbrochener Verlauf des wirtschaftlichen Lebensprozessses nicht möglich gewesen. Je mehr dieser bürgerliche Mittelstand verfolgt wurde, desto stärker und intensiver wuchs er an.

Um seine wahre Bedeutung zu verstehen, vergegenwärtige man sich Rußlands wirtschaftliche Struktur in den Jahren 1918—1920.

Auf der einen Seite — das Hundertmillionenmeer des kleinbürgerlichen Bauerntums, gewohnt, seine ökonomischen Beziehungen zu den Städten und zur Industrie auf privatwirtschaftlichem Wege, d. h. durch Vermittlung der städtischen Zwischenhändler und Kaufleute aufrecht zu erhalten.

Auf der anderen Seite eine unentwickelte, embryonale, schlechtorganisierte Staatsindustrie, unfähig, genügend Fertigfabrikate zu produzieren, um den Bedarf der Bauern an Industrieerzeugnissen decken zu können, und außerstande, ohne Vermittlung selbständiger Zwischenhändler und Agenten die für die Produktion unentbehrlichen Rohstoffe vom Lande zu bekommen.

Die städtische Bevölkerung sollte von der Regierung mit Brot und sonstigen Lebensmitteln versorgt werden. Während nun etwa 20 bis 30 vom Hundert des gesamten Bedarfs an Nahrungsmitteln von der Regierung — tatsächlich auch nicht immer — geliefert wurden, blieb die Beschaffung der restlichen 70 bis 80 Prozent dem „gesetzlich verbotenen" Schleichhandel, den sogenannten „Meschotschniki" (zu deutsch etwa die „Leute mit den Säcken") überlassen. Nur noch der Schleichhandel, d. h. das Verbrechen, konnte den Hungertod der gesamten städtischen Bevölkerung verhindern.

Die verstaatlichten Betriebe, Fabriken, Eisenbahnen, Kriegsindustrie, alles litt unglaublichste Not an Heizmaterialien, Rohstoffen und dergleichen mehr, eine Not, die nur gelindert werden konnte durch die illegalen Vermittler, Agenten, Schieber, Lieferanten, Warenhamsterer, die von Rechts wegen hätten verfolgt, eingesperrt und eventuell hingerichtet werden müssen.

Die Lage der kommunistischen Regierung mit den „zwei Seelen in einer Brust" war in der Tat nicht allzu leicht.

Denn offiziell mußten ja all die verschiedenen Geschäftsleute verfolgt und bestraft werden, und die „Tscheka" hat auch im Verlaufe der erwähnten drei Jahre Tausende von Schleichhändlern ins Jenseits befördert. Nichtoffiziell wurden diese Herrschaften dringend gebraucht und mit Aufträgen aller Art reichlich versorgt.

Welches Ende dieser Kampf der beiden kommunistischen Seelen genommen hat, ist allgemein bekannt. Der eigentliche Herr Ruß-

lands, der kleine Landwirt, der Bauer, dessen passive Unterstützung den Bolschewisten erst die Möglichkeit gegeben hat, den Feudalismus zu vernichten und die Macht der Grundherren zu brechen, hat es durch seinen passiven Widerstand (und nicht zuletzt dank Rußlands ökonomischer Rückständigkeit) fertiggebracht, alle großartigen Pläne der Kommunisten zunichte zu machen, alle ihre schematischen Aufstellungen über den Haufen zu werfen und nicht nur seine eigene ökonomische Existenz zu sichern, sondern auch seinem städtischen Klassenbruder und Bundesgenossen, dem städtischen Kleinbürger, das Rückgrat zu steifen.

Damit soll aber nicht etwa gesagt werden, daß mit der Behauptung der wirtschaftlichen Existenz des kleinen und mittleren Bürgertums als Klasse die Unantastbarkeit der wirtschaftlichen und auch körperlichen Existenz der Angehörigen dieser Klasse als Personen sichergestellt wurde.

Betrachtet man nämlich die Zusammensetzung der heutigen russischen Bourgeoisie, so wird vielleicht ihre kleinere Hälfte aus früheren Kaufleuten, Händlern usw. bestehen. Der größte Teil aber setzt sich aus dem neuen Bürgertum zusammen, aus jener Schicht, die in Rußland den Namen „Sowjetbourgeoisie", oder neuerdings „Nepmann" trägt. (Nep — neue ökonomische Politik).

Wer sind nun die Angehörigen dieses „neuen" Bürgertums? Zunächst Bauern, die, ungeachtet aller Gefahren, auf Dächern und Trittbrettern der Eisenbahnwagen reisend, Brot, Kartoffeln, Butter, Fleisch der städtischen Bevölkerung zuführten, um dafür ihre Dorfgenossen mit Salz, Seife, Sensen, Kleidungsstücken zu versorgen; dann Arbeiter, die ihre Betriebe verließen, Arbeitswerkzeuge und Materialien mitnehmend, um sich als Kleinproduzenten zu etablieren; Verkäufer, Angestellte, Handlungsgehilfen, die sich die günstige Gelegenheit bei der Durchführung der Verstaatlichungs- und Beschlagnahmemaßnahmen zunutze gemacht haben, indem sie sich in großen Massen die beschlagnahmten Warenbestände aneigneten; Lokomotivführer und Eisenbahnschaffner, die den Warenschmuggel zur regelmäßigen Nebenbeschäftigung erhoben hatten; Agenten der „Tscheka", Kriminalbeamte und Richter von den „Revolutionstribunalen", die sich an Konfiszierungen, Hausdurchsuchungen und Bestechungsgeldern mästeten; Beamte und Angestellte aller möglichen Staatsbetriebe und Behörden; Ingenieure und „technische Fachleute" in verstaatlichten Betrieben, die es verstanden, ihre eigenen privaten Geschäfte in vorteilhaftester Weise zu besorgen; Kuriere des Auswärtigen Amtes und der verschiedenen Auslandsvertretungen, die auf ununterbrochenen „Dienstreisen" Gold und Juwelen ins Ausland verschoben und Alkohol und Kokain einführten; Kuppler und Bordellbesitzer, Einbrecher, Erpresser und andere unsaubere Elemente, die die allgemeine Unsicherheit auszunutzen wußten; Soldaten und Offiziere, die vom Bürgerkrieg und unzähligen Pogromen profitierten, — kurz und gut Menschen der verschiedensten Gesellschaftsschichten und Berufe, Männer, Frauen, junge Burschen und bejahrte Leute,

Christen, Juden, ehemalige Hochschulprofessoren, Analphabeten, besitzlose Bauern neben Angehörigen des höchsten Adels usw. *).

Sieht man sich den Lebenslauf eines jeden von ihnen an, so glaubt man, einen phantastischen Detektivroman zu lesen: Stets in Lebensgefahr schwebend, unzählige Male verhaftet, zum Tode verurteilt und durch Wunder mit dem Leben davongekommen, in Gefängnissen und auf Reisen mit allen erdenklichen Krankheiten angesteckt, Cholera und Flecktyphus überstanden, der eine Bruder erschossen, die Schwester vergewaltigt.... Und haben sich doch durchgerungen, festen Fuß gefaßt und ganz erkleckliche Sümmchen in Gold, Juwelen, Kunstwerken, ausländischen Valuten u. a. m. zusammengerafft.

Man kann sich leicht vorstellen, was für eine Art Menschen das sind: geldgierige Abenteurer, die weder Furcht noch Erbarmen kennen, ohne Grundsätze, ohne Ueberzeugungen und Ideale, ohne Ehre und Gott, wie einst die amerikanischen „Conquistadores", aber klug, schlau berechnend, charakterfest und selbständig, mutig, kühn und entschlossen.

Bis zum Sommer des Jahres 1921 war die Existenz der neuen Klasse illegal, widerrechtlich. Der „neue Kurs" der kommunistischen Wirtschaftspolitik („Nep") hat sie nunmehr auch gesetzlich sanktioniert.

Einst als Verbrecher behandelt, ist der Sowjetbourgeois (oder „Nepmann") zum verhätschelten Kind der Räteregierung geworden. Ein neues Leben mit neuen Hoffnungen hat sich ihm eröffnet. Die neue Klasse beginnt aufzublühen.

Welches sind die wirtschaftlichen Interessen der neuen Bourgeoisie? — Zweifellos: „Freie Bahn dem Tüchtigen", d. h. uneingeschränkte Freiheit der kapitalistischen Entwicklung. Dieses Interesse ist nun von der Regierung als berechtigt anerkannt worden, das neue Bürgertum hat sein Ziel nahezu erreicht, ohne dafür aktiv gekämpft zu haben.

Und seine politischen Interessen?

Selbstverständlich haßt die Sowjetbourgeoisie den „Kommunismus", soweit er für sie die Expropriation des Privateigentums, die „Tscheka" und den „Kampf gegen den Wucher und das Spekulantentum" verkörpert. Sie ist aber weit davon entfernt, die bolschewistische Regierung als solche bekämpfen zu wollen. Im Gegenteil, sie steht in vielen Beziehungen voll und ganz auf dem „Boden der Tatsachen" und macht kein Hehl aus ihren Sympathien für gewisse Seiten der bestehenden Staatsordnung. Die Regierung der Bolschewiki ist für den Sowjetbourgeois Trägerin der Revolution, gegen die er eigentlich nichts einzuwenden hat. Die Revolution hat den Landadel, die Grundbesitzer und Großkapitalisten expropriiert, aber ihn, den Emporkömmling und Plebejer hat sie erst zum Menschen gemacht. In diesem Sinne ist die neue Bourgeoisie revolutionär, in diesem Sinne steht sie auf dem Boden der Revolution und will auf

*) D. Dalin: Nach Kriegen und Revolutionen (russisch), Berlin 1921.

keinen Fall — wie etwa die emigrierten Vertreter des alten Bürgertums — die Rückkehr zum Alten, zur Monarchie der hohen Militärs, des Adels und des Großgrundbesitzes. Denn sie ist ihrem Wesen nach antiaristokratisch. Außerdem erscheint dem Sowjetbourgeois die Räteregierung als starke, energische und mutige Trägerin einer uneingeschränkten Macht. Er, der auf sich selbst angewiesene Abenteuerer, haßt „Schwächlinge" und „Waschlappen". Und in den Trägern der bolschewistischen Regierungsgewalt sieht er Männer, die sich weder um demokratische Prinzipien kümmern, noch irgendwie den Volkswillen beachten. Er sieht, daß sie ohne Parlamente, Wahlen und „sonstigen Klimbim" regiert, und das imponiert ihm. Denn auch ihm sind parlamentarische Zeremonien zuwider, auch er verachtet die „dumme Masse", von der er sich dank seines eigenen Mutes und eigener Energie losgerungen hat, um nunmehr von oben herab verächtlich auf Ideen, Prinzipien, Demokratie blicken zu können. Mit anderen Worten: Die neue Bourgeoisie ist auch antidemokratisch im Sinne des Kampfes um politische Freiheit und demokratische Staatsform.

Ein eigenes politisches Ideal hat diese Klasse indes noch nicht herausgebildet. Ihr Ziel allerdings ist eine „starke" Regierung, auf die sie Einfluß haben könnte.

In dieser Hinsicht gleicht das städtische Bürgertum Räterußlands seinem nächsten natürlichen Verwandten — der bäuerlichen Bourgeoisie auf dem flachen Lande.

2. DIE NEUE BAUERNKLASSE

Unter den Begriff der „Dorfbourgeoisie" fällt zurzeit beinahe die gesamte russsische Bauernschaft.

Die große russische Agrarrevolution, wohl die größte der Weltgeschichte, hat die ganze Klasse der Großgrundbesitzer, die bis dahin über die russischen Bauern geherrscht hatte, spurlos vom Erdboden weggefegt, sie hat die feudalen Ketten gesprengt, die das ganze wirtschaftliche Leben des russischen Bauerntums gefesselt hatten. Der Besitz der vertriebenen Grundherren wurde von den Bauern aufgeteilt und da die raubartige Aufteilung unorganisiert vorgenommen wurde, hatte sie im ersten Moment oft nur die Verstärkung der früheren Ungleichheit des Bauernbesitzes im Gefolge. Viele sind reich und überreich geworden, viele haben sich mit wenigem begnügen müssen. Diese soziale Ungleichheit versuchten nun die Kommunisten auszunutzen, um den „Klassenkampf auch aufs flache Land zu verpflanzen". Zu diesem Zwecke wurden als Träger der Staatsgewalt auf dem Lande in sämtlichen Dörfern die sogenannten „Komitees der armen Bauern" ins Leben gerufen, die den Klassenkampf auch tatsächlich, aber freilich auf eine recht eigentümliche Art, aufnahmen. Auf Grund der ihnen übertragenen Gewalt nahmen sie eine gewisse Ausgleichung des Besitzes vor, bei der die „Dorfreichen", aber auch die „Dorfarmen" verschwanden und keine Elemente übrigblieben, aus denen die

Komitees der armen Bauern hätten gebildet werden können. So wurde dem „Klassenkampf“ innerhalb des Bauerntums der Boden entzogen und infolgedessen vollzog sich hier eine gewisse Nivellierung der sozialen Verhältnisse.

Etwa 15 Millionen kleiner Bauernbetriebe haben sich herausgebildet mit durchschnittlich 4—8 Desjatinen Ackerland, einem Pferd, einer Kuh usw. An Stelle einer kommunistischen oder sozialistischen Wirtschaft hat sich ein grenzenloser kleinbürgerlicher Ozean von über 100 Millionen ländlicher Kleinbürger gebildet, mit niedrigen, gleichmäßig ebenen Wellen, die — wie das große russische Tiefland selbst — von wenigen kleinen, bedeutungslosen Hügeln überragt wird.

Die „Neue ökonomische Politik“, die praktisch den freien Handel in der Stadt und auf dem Lande wieder herstellte, schuf auch einen Wandel in den sozialen Verhältnissen des Dorfes. Es begann wiederum eine Differenzierung, die zwar nicht sehr weit fortschreiten konnte, jedoch die unter der Einwirkung des „Kriegskommunismus“ erfolgte allgemeine Nivellierung des bäuerlichen Besitzstandes wesentlich modifizierte.

Im Jahre 1922 zählte man, nach Angaben der sowjetamtlichen „Ekonomitscheskaja Shisn“ vom 7. April 1923:

33,5	Prozent Bauern,	die	3/4	Desjatinen,
18,9	„	„	3/4—1	„
39,8	„	„	1—2	„
7,8	„	„	über 2	„

Acker und Wiesengrund pro Kopf in ihrem Bauernhof besaßen. Von diesen Gruppen hat die letzte allein im Jahre 1922 25 Prozent der gesamten Naturalsteuer in Rußland geliefert.

Fragen wir nach dem ökonomischen Interesse des Bauern, so kommen wir zu folgendem Ergebnis: Der Bauer will frei und friedlich die Eroberungen der Agrarrevolution genießen. Er will frei, ungestört und nicht zu teuer alles das kaufen können, was er für seinen eigenen Bedarf und für die Bodenbearbeitung gebraucht, und wiederum frei und nicht allzu billig seine eigenen Produkte verkaufen. Mit anderen Worten: er verlangt die Freiheit der kleinbürgerlichen Entwicklung.

Diese Freiheit haben die Bauern bis jetzt nicht gehabt. Die Revolution und die allgemein bekannten bolschewistischen „Experimente“ ließen sie nicht zur Ruhe kommen. Man hat sie mobilisiert, militarisiert, monopolisiert, „kommunisiert“, sozialisiert, man hat sie ihrer Ernte, ihres Viehs, ihrer Arbeitskräfte beraubt — ohne sie dafür zu bezahlen oder ihnen die so dringend gebrauchten Fertigfabrikate zu liefern, einerseits, weil letzteres für die Regierung außerhalb des Bereichs des Möglichen lag, andererseits aus der grundsätzlich falschen politischen Einstellung der „Arbeiter- und Bauernregierung“ heraus. (Man wollte nämlich auf diese Weise — nach dem berühmt gewordenen Worte Kalinins — die Bauern zum Sozialismus erziehen!) Das ökonomische Gesamtergebnis war, daß

die landwirtschaftliche Produktion ganz erheblich zurückgegangen ist, und zwar zum Teil aus dem Grunde, weil den Bauern die notwendigen Pferde, Düngemittel und landwirtschaftlichen Geräte, Pflüge, Eggen, Sensen usw. fehlten, zum Teil aber auch, weil die Bauern sich keineswegs überarbeiten und abmühen wollten, um sich nachher den ganzen Arbeitsertrag von den Bolschewisten fortnehmen zu lassen. Es wurde nur noch für den Bedarf der eigenen Familie produziert, so daß die landwirtschaftliche Gesamtproduktion auf etwa 50 Prozent gesunken ist. Infolgedessen stellte sich sehr bald Mangel an Brot, Fleisch, Butter, Flachs, Holz, Zucker, Pelzen usw. ein.

Jetzt erst haben die Kommunisten die segensreichen Ergebnisse ihrer Politik eingesehen und neue Wege eingeschlagen, allerdings zu spät, denn der Hungertod von Millionen von Kindern und Erwachsenen haben sie und werden sie nicht verhindern können. Aber ihre Politik haben sie dennoch geändert. Die allgemeine Requisition des Bodenertrages wurde durch eine „Naturalsteuer" ersetzt, die nunmehr endgültig in eine Geldsteuer umgewandelt wird. Das Verbot des allgemeinen Handelsverkehrs und des Getreidehandels wurde aufgehoben, sowie auch alle Sozialisierungsversuche und Verordnungen. Der Bauer ist nahezu im Besitz der Freiheit, die er braucht. Es fehlt nur die Industrie, die das Allernotwendigste für den Bauern zu produzieren hat.

Damit hängen auch die politischen Sympathien des russischen Bauern zusammen. Der russische Bauer ist viel zu passiv und unwissend, um bestimmte politische Ideale, bewußt verfolgen zu können. Im November 1917 ließ er sich von den Bolschewiki ins Schlepptau nehmen, weil sie ihm so beredt „Frieden und Land" zu versprechen wußten. Die jungen Bauern in feldgrauen Uniformen wurden ja nur deshalb so begeisterte Anhänger des „Kommunismus" und der „Dritten Internationale", weil sie aus diesen ihnen völlig unverständlichen Fremdwörtern das Einfache und Naheliegende heraushörten: „Schluß mit dem Kriege" und „meines Grundherrn Bodenbesitz".

Freilich sah sich der Bauer später ein klein wenig getäuscht. Der Krieg entbrannte von neuem, und mit dem Gut des Herrn Junkers klappte es auch nicht ganz, denn man mußte sich den ganzen Bodenertrag wegnehmen lassen.

Nun war's aber zu spät. Die Kommunisten saßen fest im Sattel und führten einen erbitterten Kampf gegen die aufständischen zaristischen Generale und die ihnen verbündeten ehemaligen Grundbesitzer. Die Bauern wurden vor die Frage gestellt: Denikin o d e r die Kommunisten. Unterstützten sie Denikin, so waren sie die Bolschewisten los, mußten aber, zum größten Teil wenigstens, auf das Land der Großgrundbesitzer verzichten. Unterstützten sie die Bolschewiki, so wurde ihnen ihre Ernte geraubt, sie behielten aber immer noch das Stückchen Land. Und das letzte Argument überwog schließlich. Die Bauern unterstützten die bolschewistische Regierung, zwar mehr passiv als aktiv, aber sie unterstützten sie doch — trotz alledem.

Die Lösung jener Frage war nicht so einfach. An manchen Orten (besonders in der Ukraine, wo der Bauer von jeher freier und

stärker gewesen ist) versuchte man gleichzeitig gegen beide feindlichen Mächte zu kämpfen, Aufstände zu organisieren, einen Gegner gegen den anderen auszuspielen, auch selbständig bewaffnete Banden und Freischaren zu bilden (so die Bauernbanden Machnos in Südrußland). Doch im großen und ganzen hatte sich die Bauernschaft trotz ihres Hasses gegen den Kommunismus auf die Seite der Räteregierung geschlagen; denn diese hatte ja schließlich das getan, was der Bauer brauchte: sie hatte die Grundherren vertrieben.

Darin liegt auch der wesentliche Grund dafür, daß die Sowjetregierung sich so lange hat halten können. Die Sowjetregierung hatte die geschichtliche Aufgabe des russischen Bauerntums restlos erfüllt, sie hatte den Feudalismus vernichtet und dadurch den Weg geebnet für die kleinbürgerliche Entwicklung.

Subjektiv haben die Bolschewiki natürlich etwas ganz anderes beabsichtigt. Ihr Ziel war: durch die soziale Weltrevolution zum Kommunismus zu kommen. Daß sie es verfehlten, liegt daran, daß sich die Geschichte wenig um die subjektiven Wünsche und Ideale der politischen Parteien kümmert. Zur Zeit der französischen Revolution kämpften die Arbeiter oder Bauern Schulter an Schulter mit dem Kleinbürgertum unter der Trikolore der Jakobiner für „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ und für die Ideale eines Rousseau. Das positive Ergebnis ihres Kampfes war aber das napoleonische Kaiserreich und späterhin eine Republik von Bankiers und Fabrikbesitzern. So sind die Bolschewiki in Rußland unter dem roten Banner des Sozialismus für die Ideale von Karl Marx in den Kampf gezogen. Aber der russische Bauer, der ihnen in Soldatenuniform mit rotem Stern folgte, hat sicherlich ganz andere Dinge im Auge gehabt. Und die russische Revolution ist nicht nur die größte Agrarrevolution, sondern auch die größte Täuschung in der Weltgeschichte geworden.

Dieser Abschnitt des Weges ist jetzt abgeschlossen. Der russische Bauer hat erreicht, was er erreichen wollte. Weiter geht er nicht und an seinem passiven Widerstand scheitern und werden immer wieder scheitern alle papiernen Resolutionen und alle schönen Phantasiegebilde der verschiedenen Utopien.

Tödlichen Haß hegt der Bauer gegen den Kommunismus, aber er hat beileibe nichts gegen die Revolution, die ihn von den Fesseln des Großgrundbesitzes befreit hat. Er will nicht zurück unter das Joch des Zaren und der Grundherren. Was er will, ist ökonomische Freiheit, Industrieerzeugnisse, Einfluß auf die Regierung. Aber er kennt nicht den Wert und den Vorteil der demokratischen Institutionen und der politischen Freiheit. Ein bewußter Demokrat ist er auf keinen Fall. Auf seine passive aber machtvolle und gewichtige Unterstützung kann jeder rechnen, der ihm mehr wirtschaftliche Freiheit und billigere Industrieprodukte zu geben vermag.

3. DAS RUSSISCHE PROLETARIAT

Die ökonomische Lage des Proletariats ist überaus traurig. Infolge einer langen Kette von Entbehrungen, die nicht zuletzt durch die falsche

Politik der Kommunisten verursacht wurden, liegt die russische Industrie vollkommen danieder. Die Gesamtproduktion schwankt in den verschiedenen Industriezweigen zwischen 2—7 Prozent (in der Schwerindustrie) und 25—45 Prozent der Vorkriegsproduktion. Ein bedeutender Teil der Industriearbeiter hat die hungernden und frierenden Städte verlassen, um sich als Landarbeiter oder Handwerker in den Dörfern niederzulassen. Ein Teil hat sich dem Zwischen- und Schleichhandel zugewandt, ein dritter Teil bildet bestimmte Gruppen der Staatsbeamten, Offiziere usw., und auch der in den Betrieben und Werkstätten verbliebene Rest (nicht mehr als ein Drittel des gesamten Industrieproletariats) stellt keinen gesunden und starken ökonomischen Faktor dar, weil die Fabriken wenig und schlecht arbeiten und nicht einmal die Selbstkosten herausschlagen können. Das demoralisiert, schwächt und erniedrigt die Arbeiter und vernichtet die Ueberreste ihrer bisherigen Machtpositionen im gesamten Wirtschaftsleben des Landes. Es ist soweit gekommen, daß sogar Lenin in seiner berühmt gewordenen Rede auf dem Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands erklären mußte, daß es in „Rußland eine Arbeiterklasse überhaupt nicht gibt".

Genaue statistische Daten über die Zahl der Industriearbeiter in Rußland sind von der Sowjetregierung nie veröffentlicht worden. Höchstwahrscheinlich aus dem einfachen Grunde, weil sie eine derartige Statistik gar nicht besitzt. Die zahlenmäßige Stärke des russischen Proletariats kann deshalb nur indirekt und annähernd errechnet werden.

Es wird allgemein angenommen, daß die Zahl der Arbeiter im Jahre 1919 bloß 41 Prozent derjenigen vom Jahre 1917 ausmachte.

Seitdem hat sich diese Zahl noch erheblich verringert, und zwar im Jahre 1920 fast um ein Drittel, d. h. auf zirka 25 Prozent des Standes von 1917. (Dagegen hat sich in der gleichen Zeitperiode die Zahl der Angestellten [Sowjetbeamten, Kanzlisten, Bureaubeamten und dergl.] um rund 2 000 000 vermehrt). Nach den amtlichen Angaben waren im Jahre 1921 in sämtlichen *industriellen Großbetrieben* Sowjetrußlands zirka 900 000 Arbeiter gegenüber 6 000 000 Anfang 1917. Dies ergibt für die Großindustrie eine Verminderung des Arbeiterstandes um fast 85 Prozent.

Indirekt tritt dieser rapide Abbröckelungsprozeß des industriellen Proletariats auch in der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in die Erscheinung.

Die russischen Gewerkschaften zählten:

Am 1. Juli 1921	rund	8 453 000	Mitglieder,
„ 1. Januar 1922 ...	„	6 740 000	„
„ 1. April 1922.....	„	5 821 000	„
„ 1. Juli 1922	„	5 028 000	„
„ 1. September 1922	„	4 616 000	„

Hierbei ist noch zu bemerken, daß in diesen Zahlen nicht nur die eigentlichen Arbeiter, sondern auch die überaus zahlreichen Sowjetbeamten, Angestellten usw. mit aufgenommen sind.

Im Dezember 1922 erklärte Meschlauk auf einer Konferenz von Regierungsbeamten, daß sich die Zahl der Eisenbahner seit 1913 um 200 000 (615 000 statt 815 000) verringert habe.

Ein Teil der Arbeiter ist arbeitslos. Man zählte am 1. Juli 1922 166 000 Arbeitslose. Seitdem hat sich die Zahl der Arbeitslosen, namentlich in der Metall- und Schwerindustrie, noch vermehrt. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 1. Dezember 1922 in 83 Gouvernements rund 540 000.

Aber auch diejenigen, die beschäftigt sind, bekommen einen Reallohn, der tief unter dem Friedenslohn steht.

Nach dem offiziösen „Metallist" (No. 13) betrug der Reallohn eines Arbeiters im Donezgebiet (dieses Gebiet spielt für Rußland eine ähnliche Rolle wie das Ruhrgebiet für Deutschland) 21,2 Prozent des Lohnes vom Jahre 1913. Im Ural sogar bloß 20 Prozent. Durchschnittlich kann man annehmen, daß der russische Arbeiter im Jahre 1921 30 Prozent des Friedenslohnes erhielt, im Jahre 1922 zirka 40 Prozent. Zu Beginn des Jahres 1923 stieg der Lohn in Moskau stellenweise bis auf 50—60 Prozent, um dann wieder zurückzugehen.

Dagegen hat sich der Arbeitstag seit dem Uebergang zu der „Nep"-Politik stark verlängert. 10 und 12 Stunden sind jetzt gang und gäbe, und in Moskau arbeiten viele Bäckereiarbeiter sogar 18 Stunden! Klagen über unzureichenden Gesundheitsschutz in den privaten wie auch in den staatlichen Betrieben sind allgemein und finden sogar häufig in der Regierungspresse Platz.

Was bedeutet die russische Arbeiterklasse politisch? In ihrem klassenbewußten und aktiven Teil besteht sie aus überzeugten und begeisterten Sozialisten, seien es Bolschewiki, seien es Menschewiki. Das Gros jedoch, die eigentliche proletarische Masse, ist enttäuscht, seelisch und körperlich zermürbt, hungerleidend und kaum notdürftig bekleidet, infolgedessen völlig passiv und politisch indifferent. In dem Maße, in dem das klassenbewußte Proletariat zersplittert ist und herbe Enttäuschung sogar unter den Kommunisten immer weiter um sich greift, ist nicht nur die ökonomische Macht der Arbeiterklasse, sondern auch ihre politische Energie und Aktionsfähigkeit geschwächt, man möchte beinahe sagen — völlig gelähmt.

Die siegreiche Revolution hat die „siegreiche" Arbeiterklasse geschwächt und verkleinert*).

Summieren wir nun die Ergebnisse dieser Betrachtung, so bietet sich uns folgendes Gesamtresultat der russischen Revolution dar:

Vernichtung der Aristokratie und der Großgrundbesitzer, eine starke und mächtige kleinbürgerliche Bauernschaft, eine neue, junge aufstrebende Bourgeoisie und ein geschwächtes, machtloses Proletariat.

Wer in der Geschichte der Revolutionen etwas Bescheid weiß, wird sich darüber im klaren sein, daß dieses Bild des neuen russischen Staates das eines Staates ist, der eine antifeudale Revolution durchgemacht hat. Das Bild, das sich uns darbot, ist das einer bürgerlichen, demokratischen Revolution, das Bild eines Landes, das neue Klassen der bürgerlichen Gesellschaft geschaffen hat und an der Schwelle einer neuen kapitalistischen Entwicklung steht.

---

*) Nähere Angaben über die Lage und die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterklasse in Rußland findet der Leser in den beiden ausgezeichneten Broschüren vom Gen. Th. Dan (Verlag „Vorwärts", Berlin 1922).

II. DIE POLITISCHEN MACHTFAKTOREN IM SOWJETREICHE

Aus unserer Untersuchung des sozialen Charakters Sowjetrußlands ergab sich, daß Rußland mit einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung schwanger geht und daß diese neue Lebensform des russischen Volkes alle Merkmale eines bürgerlich-kapitalistischen Gemeinwesens trägt.

Damit ist aber noch nichts gesagt über den Zeitpunkt der Neugeburt des russischen Staates sowie über die Formen, in denen sich die Neugeburt wird vollziehen müssen oder über die voraussichtliche äußere Gestaltung dieser aus den Stürmen der Revolution geborenen Neuordnung.

Für die Zukunft des russischen Staates sind indes diese Fragen ausschlaggebend. Um sie zu lösen, genügt nicht, die im heutigen Rußland wirkenden ökonomischen Kräfte zu untersuchen. Eine Untersuchung der politischen Machtfaktoren wird unentbehrlich, wie sie in der Zusammensetzung der Regierung, dem Aufbau des Verwaltungsapparates, der Polizei, des Heeres, in der politischen Struktur der politischen Parteien, nicht zuletzt auch in der außenpolitischen Lage u. a. m. zutage treten.

1. DIE REGIERUNG UND DIE SOWJETS

Laut der russischen Räteverfassung vom Jahre 1918 liegt die Gesamtheit der politischen Macht in den Händen des zentralen und der lokalen Sowjets, die auf Grund des Produktionsprinzips von allen nicht von der Ausbeutung fremder Arbeitskraft lebenden Bürgern beiderlei Geschlechts gewählt werden, d. h. von den Hand- und Kopfarbeitern, Bauern usw. In Rußland, wo der besitzende Landadel und die Bourgeoisie schon vor der Revolution nur eine geringe Minorität bildeten, die nach der Novemberrevolution noch erheblich zusammengeschrumpft war, bedeutet das in der Verfassung festgelegte Wahlrecht praktisch nahezu — allgemeine Wahlen (jedenfalls die Beteiligung von über 90 Prozent der Bevölkerung). Mit anderen Worten: Rußland ist nach dem Buchstaben der Verfassung eine Demokratie, allerdings mit eigenartigen Einrichtungen und Institutionen. Diese bestehen in der Hauptsache darin, daß an die Stelle der Munizipalitäten und des Parlaments Sowjets treten, die sowohl die gesetzgeberische als auch die ausübende Gewalt in sich vereinigen, und die aus Abgeordneten bestehen, die auf Grund des Produktions- und nicht des Wahlkreisprinzips gewählt werden und von ihren Wählern zu jeder Zeit abberufen werden können. So sollte es in der Theorie aussehen. In Wirklichkeit hat es aber im Laufe der 5 Jahre, die seit dem Inkrafttreten der Sowjetverfassung verflossen sind, noch keinen Augenblick gegeben, wo die Sowjets irgend einen bestimmenden Einfluß auf die Regierung ausgeübt hätten.

Die Novemberrevolution selbst hat den gerade zusammengetretenen Rätekongreß vor vollendete Tatsachen gestellt, zu denen er

Ja und Amen zu sagen hätte. Gewiß, die Bolschewiki können sich darauf berufen, daß sie auf diesem Kongreß ohnehin eine Mehrheit gehabt haben. Doch ist jedem, der die damalige Lage der Dinge kennt, klar, daß ohne den bolschewistischen Gewaltstreich vom 7. November die Stellungnahme des Kongresses selbst bei der unsicheren Mehrheit der Bolschewiki und der schwankenden Stellung eines Teiles ihrer Führer eine ganz andere gewesen wäre. Man kann mit ziemlicher Sicherheit behaupten, daß der Rätekongreß, wäre er nicht bereits vor vollendete Tatsachen gestellt worden, auch für eine Koalition aller sozialistischen Parteien entschieden und damit die Entwicklung der Revolution in ganz andere Bahnen gelenkt hätte.

Die Tatsache bleibt, daß der Novemberaufstand, der angeblich „die ganze Macht den Räten" verschaffen sollte, ohne Wissen der Räte und gegen den bewußten Willen der großen Mehrzahl der lokalen Räte gemacht worden ist. (Fast in ganz Südrußland, wie in den westlichen Gouvernements, in Sibirien, wie in den kaukasischen Gebieten, ja in einer Anzahl der zentralrussischen Industriestädte, wie Tula, Brjansk u. a., sind die Räte zur Zeit des Novemberaufstandes noch menschewistisch zusammengesetzt gewesen und im Zentralen Bauernrat hatten die rechten Sozialrevolutionäre bis zuletzt eine absolute Mehrheit behauptet.)

Die Regierung, die sich nunmehr gebildet hatte, stellte ein einseitiges Parteiregiment dar, denn sie bestand aus Vertretern einer einzigen Partei, der bolschewistischen. Nur des Scheins halber hat man einige „linke Sozialrevolutionäre" herangezogen, junge Leute, die weder Einfluß noch Bedeutung hatten und beim ersten Zusammenstoß mit der tonangebenden kommunistischen Clique wieder ausgeschifft wurden. Seit Juni 1918 setzt sich die Regierung auch offiziell nur aus Mitgliedern der Kommunistischen Partei Rußlands zusammen.

In den Provinzstädten und auf dem flachen Lande wurde die Parole „Alle Macht den Räten" etwas ernster genommen, bloß hier wurde sie in anarchistisch-partikularistischem Sinne so ausgelegt, daß mit der Novemberrevolution die Macht der zentralen Regierung überhaupt aufgehört hätte und auf die selbstherrlichen lokalen Behörden übergegangen war. Die Folge war ein allgemeines Chaos und endloser Wirrwarr, von einer Macht der Räte war aber auch hier nichts zu verspüren. In der Praxis lag die Macht in den Händen der lokalen kommunistischen Komitees oder Grüppchen, die — auf die militärische Macht gestützt — unter dem Aushängeschild der „Revolutionskomitees" (abgekürzt „Revkoms") regierten, einerlei, ob sie das Vertrauen der größtenteils nichtbolschewistischen Sowjets besaßen oder nicht. Da aber unabhängige Sowjets den neuen Herrschern auf die Dauer unbequem wurden, lösten sie „nicht zuverlässig gesinnte" Sowjets überhaupt auf und regierten so lange ohne Sowjets, bis sich eine kommunistische Mehrheit auf die eine oder die andere Weise zustande bringen ließ. Dies waren die Zustände im Laufe des Jahres 1918. Inzwischen hatte die Periode des offenen Bürgerkrieges und der grausamsten Schreckensherrschaft eingesetzt.

Alle Freiheiten wurden wegdekretiert, sämtliche Zeitungen verboten, das Versammlungs- und Vereinsleben, die Herausgabe von Flugblättern und Büchern unmöglich gemacht, politische Parteien mit Stumpf und Stiel ausgerottet. Die „Kadetten“ (bürgerlich-liberale Partei der „Konstitutionellen Demokraten“) und Sozialrevolutionäre wurden als „außerhalb des Gesetzes stehend“, mit anderen Worten als vogelfrei, erklärt, die Menschewiki ohne derartige Erklärungen unterdrückt. Auf dem Wege eines Dekrets wurden sämtliche Menschewiki und Sozialrevolutionäre (später auch die linken Sozialrevolutionäre) aus den Sowjets offiziell ausgeschlossen.

Das Nichtzulassen nichtbolschewistischer Mehrheiten oder auch großer Minderheiten zu den Sowjets bedeutete allein schon das Scheitern des Rätegedankens. Denn nachdem den Arbeitern das Recht auf freie Wahl genommen wird und die Möglichkeit geraubt wurde, die Partei in den Sowjet zu delegieren, die sie dort haben wollten, konnte keine Rede mehr sein von freien Räten, von der Diktatur der Arbeiterklasse als Klasse, als Gesamtheit der proletarischen Massen.

Als nun auf diese Entrechtung der Arbeiter das vollständige Verbot aller politischen Betätigung, aller friedlichen Opposition folgte, hörten die Sowjets endgültig auf, irgendeine Rolle als politische Institutionen zu spielen.

Wie sollten politische Wahlen zustande kommen, wenn kein Wahlkampf gestattet war, wenn der Gegner nicht wagen durfte, öffentlich aufzutreten, zu reden oder zu schreiben? Und welchen Sinn haben Wahlen überhaupt, wenn nur eine Partei an den Wahlen teilnehmen darf und die Wähler keine Möglichkeit haben, sich für eine ihnen mehr zusagende Partei zu entscheiden? Und wenn eine Körperschaft in solch einem Wahlverfahren gewählt ist, wie soll sie politisch existieren können, wenn in ihrer Mitte keine Meinungsverschiedenheiten geduldet werden, wenn keine Opposition vorhanden ist, wenn keiner wagen darf zu diskutieren oder Kritik zu üben, — weder innerhalb der Sowjets noch außerhalb derselben, sei es durch Zeitungen, Versammlungen oder durch beliebige andere Methoden der freien Meinungsäußerung?

Die weitere Entwicklung hat inzwischen bewiesen, daß die Sowjets nach und nach abgestorben sind. Denken wir uns einen lokalen Sowjet irgendwo in einer großen Provinzstadt. Er besteht aus etwa 350 Kommunisten und 50 Parteilosen, d. h. passiven Menschen, die sich zu keiner bestimmten Ueberzeugung aufraffen können. Die 350 Kommunisten bilden nun die „Kommunistische Fraktion“, die vor jeder Plenarsitzung in geheimer Fraktionsberatung über alle zur Entscheidung stehenden wichtigen Fragen verhandelt und Beschlüsse faßt, die für alle kommunistischen Abgeordneten obligatorisch sind. Ist eine Frage in der Fraktion entschieden, so werden die „Parteilosen“ hereingelassen und die Sitzung des Sowjets beginnt. Diese besteht nun darin, daß die von der kommunistischen Fraktion vorgeschlagene Resolution ohne Diskussion „einmütig“ angenommen wird, oder im besten Falle darin, daß sich ein

paar Parteilose zum Wort melden dürfen, das ihnen aber durch einmütiges Handerheben der 350 Kommunisten abgeschnitten wird, sobald sie über belanglose Nebensächlichkeiten hinaus auf die eigentlichen Fragen einzugehen sich erdreisten. Dasselbe Handaufheben der 350 Fraktionsmitglieder sichert selbstverständlich auch die Annahme der in der Fraktion durchberatenen und gutgeheißenen oder aber sehr oft bloß auf Geheiß des kommunistischen Parteikomitees debattelos angenommenen Entschließungen.

Da aber eine solche öffentliche Sowjetsitzung keine praktische, sondern höchstens eine dekorative Bedeutung hat, und lediglich Zeitverschwendung bedeutet, ist man seit jeher bestrebt, auch diese „Vollversammlungen" der Räte immer seltener und seltener stattfinden zu lassen. Die 350 Kommunisten sind nun aber als Mitglieder der Kommunistischen Partei strengster Parteidisziplin unbedingt unterworfen und an sämtliche Beschlüsse des Parteikomitees gebunden. In wichtigen Fragen entscheidet somit nicht einmal die Fraktion, sondern das Parteikomitee. Daraus folgt, daß die Sowjets lediglich der Partei Vasallendienste zu leisten haben, daß die „Macht der Räte" zu einer Herrschaft des kommunistischen Parteikomitees geworden ist.

Das ist natürlich nicht nur im Maßstab der lokalen Verwaltung der Fall. Die kommunistische Partei ist, was kein Geheimnis ist, streng militärisch organisiert mit ausgeprägt zentralistischer Tendenz. Noch 1919 ist es vorgekommen, daß Mitglieder der Kommunistischen Partei wegen Nichtbefolgung der Parteibeschlüsse erschossen wurden. Während die örtlichen Parteikomitees über die Räteorganisationen herrschen, befehligt den ganzen Parteimechanismus das allmächtige Zentralkomitee. Auf diese Weise ist das Zentralkomitee der Bolschewiki oder richtiger das „Politbureau" (politische Bureau) des Zentralkomitees (nicht aber das Zentralexekutivkomitee der Sowjets oder selbst der „Rat der Volkskommissare") zum eigentlichen Gewalthaber des heutigen Rußlands geworden. In Rußland macht keiner ein Hehl daraus. Die Kommunisten selbst haben es in den Reden Sinowjews, Kamenews, Trotzkis, Ossinskis, Krassins u. a. auf dem letzten (Mitte April 1923) Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands und in den Resolutionen des Kongresses mit aller erdenklichen Deutlichkeit zugegeben. Sie haben es (so in den Thesen Trotzkis) als die größte Eroberung der proletarischen Revolution hingestellt, daß in Rußland die „Diktatur der Partei" aufgerichtet ist, und Ossinski hat festgestellt, daß darunter die Diktatur des fünfköpfigen „Politbureaus" zu verstehen sei. (Seit dem letzten Parteitag besteht dieses Bureau aus 12 Personen.)

2. DAS ABSTERBEN DES SOWJETSYSTEMS

Das Absterben der Sowjets hat in der Praxis so deutliche Formen angenommen, daß sie selbst manchem Kommunisten nicht mehr behagten, und so beschloß man, zweckdienliche Mittel zur „Wiederbelebung" der Rätekörperschaften zu ergreifen. Zu jener Zeit (Winter 1919 und Frühjahr 1920) wurde auch die Terrorisierung der Men-

schewiki und eines Teiles der Sozialrevolutionäre etwas eingedämmt, so daß ihnen sogar die Teilnahme an den Wahlen wieder ermöglicht wurde.

Aber auch das konnte den Sowjets nicht helfen, solange das allgemeine Terrorsystem und die politische Knechtung der Massen bestehen blieb. Ohne legale Organisationen, ohne Parteipresse und Versammlungsfreiheit vermochten die oppositionellen Parteien nicht, eine regere Tätigkeit in den Sowjets zu entfalten. Eine wesentliche Rolle spielte dabei auch der Umstand, daß die Kommunisten an ihre Alleinherrschaft bereits dermaßen gewohnt waren, daß sie, nachdem sie den Menschewiki das Recht der Teilnahme an den Sowjets formell zugestanden hatten, trotzdem alle Mittel anwandten, um sie zu den Sowjetkörperschaften auch als Minderheiten nicht zuzulassen. Selbst für Leser, die die Wahlmethoden der galizischen, bulgarischen oder amerikanischen Korruptionspolitiker kennen, dürfte es schwer fallen, sich das ganze komplizierte und fein verästelte System der bolschewistischen Wahlkunststücke zu vergegenwärtigen, die ins Werk gesetzt wurden, um die Wahl eines menschewistischen Kandidaten zu verhindern. Wer so etwas nie selbst mit durchgemacht hat, wird daran nicht glauben wollen. Aber hier nur einige Beispiele:

Erstens wird die Aufstellung der Kandidaten durch offene Stimmabgabe vorgenommen. In der Betriebsversammlung, die von einem bolschewistischen Wahlkommissar geleitet wird, während sämtliche Vorgesetzte („rote Fabrikdirektoren") nebst einigen „Tscheka"-Beamten am Vorstandstisch Platz nehmen, wird meist einfach die Frage gestellt, wer für die Menschewiki, wer für die Kommunisten stimmen wolle. Nun sind aber die Arbeiter und Angestellten Rußlands, wo alles verstaatlicht ist, in einer derartigen materiellen Abhängigkeit vom Staate, d. i. von der Fabrikobrigkeit, wie in keinem anderen Lande der Welt. Wer nicht pariert, der fliegt aus dem Betrieb und ist samt seiner Familie dem Hunger preisgegeben. Und gewöhnlich ist es in größeren Betrieben so, daß die ganze Betriebsleitung auf die kommunistische Kandidatenliste gesetzt wird. Manche Versammlungsleiter sind noch schlauer. Sie legten die Wahlfrage in einer solchen Form vor, daß ein Ausweichen überhaupt unmöglich wird, nämlich: wer gegen die bolschewistische Liste stimmen wolle? Da keiner das wagt, gilt die Liste als „einstimmig angenommen". Wer sollte auch gegen die Bolschewiki zu stimmen wagen, zumal wenn der Versammlungsleiter in „populärer" Weise erläutert: Wer gegen die Bolschewiki stimmt, beweist, daß er gegen die Revolution, d. h. ein Konterrevolutionär und ein „Weißgardist" sei. — In Moskau gab es früher eine andere Wahlfälschungsmethode. Als kommunistischer Gegenkandidat in „gefährlichen" Betrieben wurden — Lenin oder Trotzki aufgestellt! Und der Versammlungsleiter formulierte pflichtgemäß die Frage: „Wer gegen den Genossen Lenin ist, bitte ich, die Hand zu erheben!" Es versteht sich von selbst, daß unter solchen Bedingungen nur sehr wenige tiefüberzeugte und mannhafte Proletarier ihrer Ueberzeugung gemäß zu wählen wagten. Die Masse

stimmte weder für noch gegen. Man schwieg und ging sobald wie möglich nach Hause.

Wenn diese Wahlmethoden nicht zu dem gewünschten Ergebnis führen, wird den Arbeitern des widerspenstigen Betriebes angedroht, daß dem Betrieb kein Brennholz oder den Arbeitern keine Textilwaren, kein Salz usw. geliefert werden würde, falls sie nicht „richtig" abstimmten. In Homel ist es 1919 vorgekommen, daß die Bolschewiki auf einer Eisenbahnerkonferenz, auf der sie keine Mehrheit besaßen, den Sieg dadurch errangen, daß sie den widerspenstigen Arbeitern versprachen, zwei Waggon Zucker zu liefern. Als letztes und bestes Mittel, die Arbeiter gefügig zu machen, gelten Verhaftungen. Wenige Tage vor der Wahl werden alle mehr oder minder bekannten Menschewiki des betreffenden Ortes verhaftet. Solche Genossen, die den Verhaftungen vor den Wahlen entgangen sind, verhaftet man aus der Wahlversammlung heraus (z. B. in Kiew). Da man sich in Moskau eine Zeitlang schämte, so etwas offen zu tun, wurden dort Genossen angeblich „zufällig" auf Grund von Verwechslungen verhaftet. So wurden in einem Betrieb vor der Tür zwei angesehene Genossen, die in der ganzen Stadt zur Genüge bekannt waren, „versehentlich" verhaftet, weil man sie.... für zwei angeblich von der Polizei gesuchte Diebe hielt! Als die Wahlversammlung zu Ende war und keine Gefahr mehr bestand, daß die Genossen reden würden, entschuldigte man sich bei den „aus Versehen" Verhafteten und ließ sie wieder frei.

Bei Arbeitern kleiner Betriebe, Sowjetbeamten, Lehrern und anderen Wählern, die nicht im Betriebe selbst wählen können, werden die Wahlen durch „Zusammenlegung" von mehreren Betrieben, Institutionen, Schulen und dergl. in einer Wahlversammlung durchgeführt. Hierbei wird mit großem Geschick „Wahlgeometrie" getrieben. So wurden z. B. Sowjetbeamte irgend eines Ressorts, die als oppositionell galten, mit der „Kommunistischen Jugend" oder mit den „Beamten der Tscheka", d. h. mit etlichen Tausenden Tschekasoldaten, Spitzeln usw. „zusammengelegt", so daß im Wahllokal neben etlichen hundert Beamten 2—3000 in Reih und Glied marschierende Tschekisten mit Militärmusik unter Anführung ihrer Vorgesetzten erschienen, in wenigen Minuten die eingeschüchterten Beamten niederbrüllten und den Kommunisten einen „glänzenden Sieg" verschafften.

Solcher Wahlmachinationen könnte man tausende anführen. Für uns genügt es jetzt, festzustellen, daß unter solchen Umständen die Wahl eines einzigen Genossen einen gewaltigen Sieg der Menschewiki darstellte. Und als bei den Wahlen im Frühjahr 1920 in Moskau 50 Menschewiki von 1800 (!) Abgeordneten und in Jekaterinoslaw gar 150 von nur 600 Abgeordneten gewählt wurden, konnte das die Partei als glänzenden Erfolg ihrer Politik buchen, der auch von den Kommunisten selber als schmerzliche moralische Niederlage empfunden wurde.

Seitdem hat sich der Terrorismus der Bolschewiki derart verschärft, daß die Oppositionsparteien, d. i. auch die Sozialdemokratische Partei, überhaupt auf jede Beteiligung an den Sowjetwahlen verzichten mußten.

3. DIE POLITISCHE GLEICHGÜLTIGKEIT DER MASSEN

Sind die Wahlen glücklich zum Abschluß gebracht mit dem Erfolg, daß einige wenige Menschewiki gewählt wurden, so beginnt der zweite Aufzug des tragikomischen Spiels. In der ersten oder zweiten Sitzung des neugewählten Rates wird von den Kommunisten ein Antrag auf Ausschluß der menschewistischen Fraktion eingebracht. An Gründen für den Ausschluß fehlt es den Antragstellern selten, doch sind die Gründe in der Hauptsache sehr humoristischen Charakters. In Homel wurden die Menschewiki 1920 ausgeschlossen, weil sie im Laufe des Wahlkampfes die Kommunisten kritisiert hatten. In Taschkent — das eine Mal, weil die Menschewiki „für die russische Revolution zu wenig geleistet", das andere Mal, weil die ungarischen Menschewiki im Jahre 1919 die ungarische Räterepublik „verraten" hätten. In Kiew dagegen schien es sogar an derartig überzeugenden Gründen gefehlt zu haben, dort wurden die Menschewiki hinausgeworfen, bloß weil sie Menschewiki waren.

So oder so — ob die Opposition ausgeschlossen wird oder, ohne ausgeschlossen zu werden, den Mund nicht auftun darf — eine Opposition gibt es in den „freien Räten" nicht. Und außerhalb derselben (in der Oeffentlichkeit) schon gar nicht!

Es ist bei einer solchen Taktik nicht verwunderlich, daß die Massen sich sehr bald gegenüber den Machthabern ohnmächtig fühlen, die sowohl das ganze Land, wie auch die Sowjets beherrschen und jede Opposition mundtot machen. So werden die Arbeitermassen indifferent, passiv, weil sie durch die Entwicklung der Dinge getäuscht worden sind und jegliches Interesse nicht nur an den Sowjets, sondern am politischen Leben überhaupt verloren haben. Sie versinken immer tiefer im Sumpf des alltäglichen Kampfes um Brot, Kleidung, Heizmaterialien. In der großen Arbeiterstadt Ssormowo (bei Nishnij Nowgoród) ging die Passivität so weit, daß der letzte Sowjet (Ende 1922) 5 Millionen Rubel (ungefähr ein Tageslohn) Strafe für jede von einem Sowjetabgeordneten nicht besuchte Sowjetsitzung festsetzen mußte. Aber auch das half nicht.

Sind die Sowjets tot, so muß eine andere Macht vorhanden sein, die die ganze Regierungsarbeit erledigt, und durch die die Kommunistische Partei das ganze Land beherrscht.

Diese Macht ist die Verwaltungsbureaukratie, die Polizei und das Heer.

4. DIE NEUE BEAMTENKLASSE DES SOWJETSTAATES

Die neue russische Bureaukratie ist ursprünglich aus den Sowjetkörperschaften hervorgegangen. Jeder örtliche Arbeiterrat (es gibt sowohl städtische als auch Kreis- und Gouvernementssowjets) wählt einen aus 20—120 Personen bestehenden Vollzugsausschuß, das Exekutivkomitee („ispolnitelnyj komitet", abgekürzt auch „Ispolkom"). Die einzelnen Mitglieder des Exekutivkomitees werden je nach

den Bedürfnissen des Verwaltungsapparates den verschiedenen Abteilungen und Sektionen zugeteilt. Die Hauptressorts sind in der Regel folgende: Heereswesen, Polizei, Wirtschaft, Ernährung, Volksbildung, Finanzen, Gemeindeangelegenheiten und ähnliche. An der Spitze jeder Abteilung steht der Sektionschef oder Abteilungsleiter.

Nach der Verfassung der russischen Räterepublik in ihrer ursprünglichen Gestalt ist das Exekutivkomitee des örtlichen Sowjets ein vollkommen unabhängiges Verwaltungsorgan der arbeitenden Bevölkerung, das einzig und allein dem betreffenden Sowjet gegenüber verantwortlich ist. In der Praxis ist es sehr bald zum willfährigen Werkzeug der Regierung, ja der vorgesetzten Behörde überhaupt geworden.

Die einzelnen Abteilungsleiter erhalten ihre Dienstvorschriften und allgemeinen Anweisungen in bezug auf das, was sie zu tun und zu lassen haben, nicht von den lokalen Sowjets, sondern von den zuständigen Ressortministern (den Volkskommissaren) in Moskau, d. h. von der zentralen Regierung. Von dieser gehen sämtliche „Rundschreiben" und „Erlasse" aus, die gewöhnlich im strengsten Kommandostil gehalten sind. Für Zuwiderhandlungen oder auch Unterlassungen wird militärische Gerichtsbarkeit und dergl. mehr angedroht.

Das Ergebnis jedoch ist, daß der Abteilungsleiter im Exekutivkomitee eines Gouvernements zum gehorsamen Diener des vorgesetzten Ministers herabgedrückt wird, und der Vertreter der Selbstverwaltung im „Ujesd" (Kreis) sich lediglich als untergeordneten Agenten der Gouvernementsbehörde betrachtet.

Auf diese Weise hat sich eine mächtige, im Rahmen einer peinlich innegehaltenen Rangordnung streng zentralisierte Bureaukratie herausgebildet, die weder mit einer theoretischen lokalen Selbstverwaltung, noch mit den tatsächlich bestehenden örtlichen Sowjets irgend etwas zu tun hat und eine frappante Aehnlichkeit mit der alten zaristischen Verwaltungsbureaukratie unseligen Angedenkens aufweist.

Alle Entwürfe und Pläne, die im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei ausgearbeitet werden, gelangen zunächst in die unzähligen Bureaus und Amtsstuben der Volkskommissariate, um von dort zu den Kanzlisten und Sekretären der Abteilungschefs in den Gouvernements und Kreisen zu wandern. Der ganze Verwaltungsapparat besteht aus Bureaus und Kanzleien, der ganze Betrieb aus nicht endenwollender Schreiberei. Auf Rundschreiben und Zirkulare folgen Erlasse, auf Erlasse Auslegungsverordnungen, ein Schreiben jagt das andere. Man beschränkt sich darauf, ein einlaufendes Schreiben zu „erledigen", d. h. mit einem halben Dutzend weiterer „Dienstsachen" zu beantworten. Und da auf der ganzen Strecke, die eine „Dienstsache" auf ihrem Triumphzuge „von oben nach unten" zurücklegt, jede Art wirklicher praktischer Kontrolle ausgeschlossen ist; da weder eine Aufsicht seitens unabhängiger, öffentlicher Institutionen, noch eine Kontrolle durch eine freie Presse oder durch freie Versammlungen vorhanden ist — so ergibt sich, daß die ganze Arbeit des bureaukratischen Apparates

eine „papierene“ ist und über eine unfruchtbare Formalistik nicht hinausgeht.

Wer sind nun die neuen Sowjetbureaukraten? Zum Teil sind es noch alte zaristische Beamte, die große Mehrheit besteht aber aus neuen, von der revolutionären Flut und der Welle der allgemeinen Umbildung und Zersetzung der Gesellschaftsklassen emporgetragenen neuen Elementen, die „aus dem Volke“ gekommen sind. Früher, vor der Revolution, war das Ablegen bestimmter Prüfungen Voraussetzung für eine noch so unbedeutende Beamtenlaufbahn. Auch wurde auf die soziale Lage, auf die Abstammung (unter selbstverständlicher Bevorzugung des Adels) acht gegeben. Heute ist das wesentlich anders. Seit der Revolution steht es jedem energischen Menschen frei, Beamtenposten in den Sowjetkörperschaften zu bekleiden. Mehr noch, gebildete, höher gestellte Beamte sind in der großen Masse als der konterrevolutionären Gesinnung verdächtige „Bourgeois“ ihres Amtes enthoben worden, und an ihre Stelle sind die halbgebildeten bäuerlichen Elemente getreten, denen früher der Weg zu höheren Posten von vornherein versperrt war: Dorfschreiber, Volksschullehrer, Armeeschreiber, Kanzleibeamte, Dentisten und Apothekergehilfen ohne Hochschulbildung und schließlich — junge Studenten.

Diese neue Bureaukratie setzt sich vornehmlich aus Leuten zusammen, deren höchster Lebensverdruß darin bestand, von der privilegierten Schicht der zaristischen Beamten ohne alle Aussicht auf Beförderung in den Hintergrund geschoben zu werden. Insofern haßte sie das alte System und stand von vornherein auf seiten des neuen. Aber ihr unkorrigierbarer Fehler war der, daß sie viel zu ungebildet und untüchtig war, um die ihr zugefallenen Aufgaben jemals bewältigen zu können.

Es kam noch hinzu, daß die allgemeine wirtschaftliche Lage trostlos und die Wirtschaftspolitik der Regierung nicht auf die Notwendigkeiten und Erfordernisse des wirklichen Lebens eingestellt war, sondern sich nach utopischen, unverwirklichbaren Plänen und Schemen der Kommunisten richtete, so daß keine Möglichkeit bestand, den Hunderttausenden neuer Beamten eine angemessene Lebensführung sicherzustellen. Die Beamtengehälter waren so geringfügig, daß sie nicht einmal für den notdürftigsten Unterhalt ausreichten. Dadurch entstand für die große Mehrzahl der Sowjetbeamten geradezu ein wirtschaftlicher Zwang, ihre Macht als Staatsbeamte, ihre dienstlichen Befugnisse zu ihren Gunsten materiell auszunutzen. Bestechlichkeit, Vetternwirtschaft, die unglaublichsten Unregelmäßigkeiten im Dienst — das sind die Folgen der prekären Lage der Beamten und der unbeschränkten Möglichkeit, Uebergriffe jeder Art straflos begehen zu können. Denn das Fehlen jeder öffentlichen Kontrolle fördert die Korruption mit ihren ungeheuren Auswüchsen; dem Fehlen jeder öffentlichen Kontrolle ist es zuzuschreiben, daß im neuen Rußland für Geld alles zu haben ist. Abgesehen vom Schacher mit den amtlichen Rechten, Befugnissen und sonstigen Machtvollkommenheiten, widmet

sich ein Teil der Beamten auch unmittelbar dem berufsmäßigen Schleich- und Kettenhandel, Wuchergeschäften und allen möglichen anderen Spekulationen.

Aus dem Gesagten geht ohne weiteres hervor, daß die Sowjetbureaukratie mit der Revolution, mit dem Bolschewismus so eng verbunden ist, daß sie als gesellschaftliche Macht an dem bestehenden Zustand unbedingt festhalten muß, soweit ihr die Möglichkeit zur weiteren Bereicherung auf Kosten der Gesamtbevölkerung von Staats wegen nicht genommen wird. Der Weg zum Alten ist dieser Schicht versperrt, denn die Wiederherstellung des alten Regimes bedeutet für sie die Wiederkehr des alten privilegierten zaristischen Beamtentums mit seinen Titeln und Diplomen, mit seinerRanghierarchie und Bevorzugung des Adels. Dieser Weg wäre für die Sowjetbureaukratie der Weg des Selbstmordes.

Nichtsdestoweniger ist die neue Beamtenklasse himmelweit davon entfernt, für den Sozialismus einzutreten. Ihr Ziel als gesellschaftliche Schicht ist vielmehr die Herrschaft des Privateigentums: „freie Bahn dem Kapital". Ihr politisches Ideal ist ein Staat mit allmächtiger bureaukratischer Regierung, ohne Parlament, ohne politische Freiheiten, ohne eine freie Presse und ohne jegliche Kontrolle durch die öffentliche Meinung. Nur in einem solchen Staat kann die unwissende und unfähige Bureaukratenkaste existieren und herrschen. Und deshalb ist die heutige russische Bureaukratie eine dem Kapitalismus freundliche Macht, aber auch eine desto schärfere Gegnerin jeder demokratischen Entwicklung.

5. DIE POLIZEI („TSCHEKA")

Ueber die russische Polizei, die weltberühmt gewordene „Tscheka" (Außerordentliche Kommission) ließen sich Bände schreiben. Sie hat es auch reichlich verdient: denn sie steht zweifellos als einzigartige, noch nie dagewesene Erscheinung der Weltgeschichte da. Aber darauf kommt es uns im Augenblick nicht an. Die sowjetistische Polizei interessiert uns jetzt hauptsächlich in ihrer politischen Bedeutung als eine im Leben des russischen Staates ausschlaggebende Macht. Eine über alle Maßen bedeutende Macht, vielleicht die bedeutendste von allen, die im sozialen und politischen Leben Rußlands eine Rolle spielen. Sie besitzt einen weitverzweigten, ausgezeichnet durchorganisierten Apparat, der nicht nur über die Erfahrungen und Methoden der zaristischen „Ochrana", der politischen Geheimpolizei des alten Regimes, verfügt, sondern sich auch die Kenntnisse aller Abwehrmethoden zu eigen gemacht hat, die die illegalen Revolutionäre in den Jahren verzweifelten, mühevollen Kampfes auf Leben und Tod gegen die Unterdrückung durch das alte Regime ausgebildet hatten. Die „Tscheka" besitzt eigene Kraftwagen, Telephonzentralen, Telegraphen- und Radioeinrichtungen, Sende- und Empfangsstationen, Druckereien, eigene Truppen, Flieger, Kavallerie und Artillerie.

In allen Städten unterhält sie zahlreiche „geheime Mitarbeiter", d. h. Geheimagenten, Spitzel, Provokateure. Durch diesen gewaltigen Spitzelapparat ist die „Tscheka" buchstäblich allwissend. Und wenn es ihr an „Kenntnissen" mangelt, weil eben entsprechende Tatbestände gar nicht vorhanden sind, steht sie nicht an, solche künstlich zu provozieren. In Kiew ließ sie 1920 einen ihrer Agenten als argentinischen Konsul auftreten, um auf diese Weise Leute, die Rußland verlassen wollten, feststellen und erschießen zu können. Im Uralgebirge errichtete sie geheime Druckereien für die verfolgten Sozialrevolutionäre, um sie desto leichter zu verhaften. In Petersburg und anderen Städten zettelten Tschekaagenten „weiße Verschwörungen" an, in die sie möglichst viele Menschen verwickelten, die auf ihre Denunziation hin erschossen wurden.

In ihren sauberen „Arbeitsmethoden" kennt die „Tscheka" weder Schranken noch Gesetze. Unerlaubtes gibt es für sie nicht. Im Jahre 1918 schrieb beispielsweise das offizielle Organ der „Tscheka" — „Wochenblatt der Allrussischen Außerordentlichen Kommission" — Verhaftete sollten zum Zwecke der Auffindung der Wahrheit gefoltert werden. Dieser Rat wurde zwar von Amts wegen nicht weiter empfohlen, aber es ist allgemein bekannt, daß Verhaftete von Tschekaleuten unmenschlich geschlagen, durch Drohungen aller Art, vor allem mit Waffen, seelisch gemartert, in unterirdische, finstere kalte Löcher gesperrt und zuweilen auch direkt gefoltert wurden.

Die Rechte der „Tscheka" sind unbeschränkt. Sie kann einen jeden nach Belieben verhaften und solange in Haft behalten, als es ihr gerade recht ist, sie kann den Verhafteten nach ihrem Ermessen behandeln. Sie kann ihn so bestrafen, wie es ihr im gegebenen Augenblick gerade paßt, ohne an irgendwelche Vorschriften oder Gesetze gebunden zu sein. Schwerverbrecher, Mörder und Banditen läßt sie laufen, wenn sie sich als Spitzel gebrauchen lassen (der Fall Beresin und unzählige andere), während Unschuldige „zur Abschreckung" erschossen werden. Bei all ihrem Tun und Handeln ist die „Tscheka" an keinerlei rechtliche Garantien oder Rücksichten gebunden. Der Betreffende wird ohne jegliches Gerichtszeremoniell — meistens nachts — aus seiner Zelle herausgeholt, in einen Keller auf dem Hofe geführt und durch einen Revolverschuß ins Jenseits befördert. Die Angehörigen des Erschossenen werden oft wochen- und monatelang über das Schicksal ihres Vaters, Gatten, Bruders im Unklaren gelassen, während er schon lange nicht mehr unter den Lebenden weilt.

Auch die allerbeste Polizei im bestregierten Lande pflegt gewöhnlich nichts Erhebendes darzustellen. Eine Polizei jedoch, die derartige Machtvollkommenheiten, derartig uneingeschränkte Gewalt — weder an Recht noch an Gesetze gebunden — über Leben und Tod der Bürger besäße, von ihrem Hab und Gut gar nicht zu reden, wie sie die „Tscheka" in Wirklichkeit besitzt, gibt es — das heutige Ungarn vielleicht ausgenommen — in keinem Lande, unter keiner Regierung. Die „Tscheka" ist der vollkommenste Ausdruck der „Diktatur", wie sie die kommunistischen Gewalthaber auffassen.

Aus welchen Elementen besteht die Tscheka?

An der Spitze ihrer hierarchischen Stufenleiter stehen in der Regel überzeugte, kommunistische Parteifanatiker. In ihrer Mitte und am Fuße derselben befinden sich dagegen dieselben Elemente, aus denen die oben besprochene Sowjetbureaukratie besteht. Bloß daß hier noch eine große Anzahl früherer zaristischer Gendarmen, Polizeiwachtmeister und Schutzleute hinzukommt, über die das alte Rußland stets in Hülle und Fülle verfügte. Jede menschliche Tätigkeit erfordert besondere Fähigkeiten und es dürfte wohl klar sein, daß es nicht gerade die besten Elemente des russischen Volkes sind, die sich dem „Tschekistenberuf" widmen.

Die Korruption unter den „Tscheka"beamten ist tatsächlich sprichwörtlich geworden, speziell zeichnen sich aber durch ihre Korrumpiertheit die Beamten der Abteilungen aus, die nicht mit politischen Vergehen, sondern mit der Bekämpfung des Wuchers, des Spekulantentums u. dergl. zu tun haben. Dort gibt es in Wirklichkeit kaum einen unbestechlichen „Untersuchungsrichter"; in den Tscheka- und anderen russischen Gefängnissen findet man unter den wegen „Schiebungen" Verhafteten stets eine große Anzahl solcher Untersuchungsrichter.

Was bedeutet die „Tscheka" politisch? Vor einiger Zeit wurde eine Reform des Tschekaunwesens beschlossen, die auf eine wesentliche Beschränkung ihrer Befugnisse hinauslaufen soll. Es sollen nämlich alle nichtpolitischen Vergehen aus dem Kompetenzbereich der „Tscheka" ausgewiesen werden: Wucher-, Schleich- und Kettenhandel, Valutaspekulation usw. Der Handel wird zur Zeit bereits nicht mehr als Verbrechen eingeschätzt, und so werden alle Handels- und Gewerbeangelegenheiten der ordentlichen Polizei, der sogenannten Miliz und den ordentlichen Gerichten überwiesen. Die „Tscheka" wird somit zur rein politischen Polizei, sie übernimmt die Funktionen der zaristischen Gendarmerie und der Ochrana. Ihre Kompetenz soll sich lediglich auf sowjetfeindliche Parteien (darunter versteht man die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die Sozialrevolutionären und die Anarchisten), Aufstände, das Bandenunwesen usw. erstrecken. D. h., die politische Polizei bleibt in einem Umfange erhalten, an den wir uns in Rußland von Kindheit an gewöhnen mußten.

Die allmächtige „Tscheka" ist ohne Zweifel ein bedeutender politischer Machtfaktor im heutigen Rußland. Sie kann aber keineswegs schlechthin als ein untergeordnetes Machtinstrument in den Händen der Regierung betrachtet werden. Die „Tscheka" unterstüzt und verteidigt den Bolschewismus, solange er an der Regierung ist und solange sie weiß, daß der Bolschewismus gegen die Freiheit und Selbständigkeit des russischen Volkes, der arbeitenden Massen kämpft. Denn Freiheit und Selbständigkeit der Volksmassen würde die Vernichtung der „Tscheka" bedeuten, das Ende ihrer uneingeschränkten Gewalt über das russische Volk.

Die „Tscheka" ist die stärkste Stütze des Bolschewismus, zugleich aber der grimmigste Feind und Verächter der demokratischen Einrichtungen und Freiheiten. Insofern ist die „Tscheka" ihrem ganzen Wesen nach eine dem Sozialismus feindliche Macht und kann in Zukunft auch das gefügige Werkzeug einer anderen Despotie werden.

6. DIE „ROTE ARMEE“ (NATIONALBOLSCHEWISMUS)

Der Bürgerkrieg hat in Rußland ein Riesenheer entstehen lassen. Zur Zeit des Krieges gegen Polen zählte das russische Heer 5 Millionen Soldaten, im vorigen Jahre hatten wir noch 3,5 Millionen und jetzt, nach der Demobilmachung, ist das Heer zuerst auf den Stand von 1,25 Millionen und dann auf 600 000 herabgesetzt worden. (Nach den Angaben Trotzkis.)

Dieses Heer ist von denselben Bolschewiki aufgebaut worden, die ihren ganzen Einfluß, ihren rücksichtlosen Kampf gegen Krieg, Militarismus usw. verdankten. Und es ist von ihnen nicht etwa nach den Grundsätzen der Selbstverwaltung, der Soldatenräte und Truppenkomitees, aufgebaut worden, sondern auf der Basis eiserner Disziplin, auf der Grundlage strengster militärischer Zucht mit Androhung der Todesstrafe wegen Fahnenfluchtvergehen (diese Drohung wird verwirklicht!), mit uneingeschränkter Kommandogewalt der Offiziere und ähnlichen schönen Dingen.

Ein Heer war offenbar nötig. Aber es gab von vornherein zwei Wege, die zum Ziele führen konnten. Einerseits hatten die Bolschewiki die Möglichkeit, ein Uebereinkommen mit sämtlichen sozialistischen Parteien herbeizuführen. Die Folge davon wäre gewesen, daß der unvermeidliche Bürgerkrieg einen viel kleineren Umfang und viel mildere Form angenommen hätte, weil die vereinten Kräfte aller revolutionären Elemente gegen sich höchstens eine verschwindend kleine reaktionäre Minderheit gehabt hätte; daß sich ferner alle einigermaßen demokratischen Schichten, vor allen Dingen die Intellektuellen und die demokratisch gesinnten Offiziere — und deren gab es damals in Rußland nicht wenige — im Lager der Revolution geblieben wären. Das aber hätte bedeutet, daß dem neuerstehenden Heere auch die Kräfte zugeführt worden wären, deren es zum demokratischen Aufbau der Armee bedurfte. Die bolschewistische Regierung schlug von Anfang an nicht diesen, sondern den anderen, verhängnisvollen Weg ein. Indem sie sich von den übrigen sozialistischen Elementen bewußt isolierte, arbeitete sie auf einen verschärften, langwierigen und zähen Bürgerkrieg hin, für den eine wesentlich größere Streitmacht vonnöten war, als sie sonst hätte geschaffen werden müssen, und diese Streitmacht begann nun die Bolschewiki selbständig mit ihren eigenen dürftigen Kräften zu organisieren und auszubauen. Da es ihnen, wie vorauszusehen war, auf allen Gebieten an den nötigen Kenntnissen und Fähigkeiten mangelte, zögerten sie nicht, die nichtdemokratischen und sogar gegenrevolutionären Elemente der alten Armee zur Verwirklichung ihrer Ziele heranzuziehen: zaristische Generale und höhere Offiziere, zum Teil ohne jegliche politische Ueberzeugung, die sich für Geld und Auszeichnungen einem jeden bereitwillig zur Verfügung stellten, zum Teil Berufssoldaten, für die ihr Beruf den hauptsächlichsten Lebensinhalt bildete, Leute, die mit Begeisterung jeder Obrigkeit als solcher zu gehorchen pflegen; schließlich glühende Patrioten, die zur Roten Armee gingen, weil sie in ihr die

russische Armee, das nationale Heer sahen. Das waren die militärischen „Fachleute", die sich freiwillig in den Dienst der Räteregierung stellten. Die große Masse der Offiziere der Roten Armee bestand jedoch nicht aus diesen, sich dem Bolschewismus aus Berechnung oder Gefühlsgründen zur Verfügung stellenden alten Militärs, sondern aus früheren Offizieren und Unteroffizieren, die durch Zwang und Androhung von Todesstrafe zum Heeresdienst gezwungen wurden, d. h. aus Menschen, denen zu trauen die Regierung ebensowenig Grund hatte, wie ihren freiwilligen Mitarbeitern aus den Kreisen der zaristischen Militärs. Sicherheitshalber wurde in der Roten Armee ein umfassendes Netz von überwachenden „Kommissaren" ausgespannt und die Familien der Heeresangehörigen als Geiseln festgehalten. Trotz aller Vorsichtsmaßregeln sind im Verlaufe des Bürgerkrieges unzählige Offiziere und Soldaten zu den „Weißen" übergelaufen, die Soldatenmasse jedoch blieb auf der Seite der Revolution, sei es aus Trägheit, sei es, weil diese Bauernsöhne instinktiv fühlten, daß ein Kampf gegen Adel und Grundherren ja auch in ihrem ureigensten Interesse lag.

Die ursprünglich schlecht organisierte, notdürftig bekleidete, fast unbewaffnete Armee wurde mit der Zeit im Laufe des Bürgerkrieges immer besser und stärker. Die bolschewistischen Erfolge auf militärischem Gebiete lassen sich leicht erklären, wenn man bedenkt, daß das Heer der einzige staatliche „Produktionszweig" war, der bereits unter dem alten Regime gut organisiert gewesen ist. Rußland als Militärstaat kann auf zwei Jahrhunderte erfolgreicher Entwicklung zurückblicken. Diese Vorteile einer alten militärischen Kultur machten sich die Bolschewiki dadurch zunutze, daß sie sich von Anbeginn an in den wichtigsten Zentren des russischen Heereswesens festsetzten und die Kriegsindustrie mit sämtlichen Betrieben, Munitionslagern und Arsenalen in ihre Hände nahmen. Da sie Herren waren über das russische Millionenvolk, vermochten sie ungeheure Menschenmassen als Kanonenfutter zu verwenden, während ihre „weißen" Gegner stets nur über verhältnismäßig geringe Territorien ohne Kriegsindustrie und ohne überschüssiges Menschenmaterial zu verfügen hatten, während ihre „alliierten und assoziierten" Verbündeten weder willens noch in der Lage waren, ihnen tatkräftig zu helfen.

Dies waren neben den allgemeinen sozialen und politischen Verhältnissen, von denen bereits oben die Rede war, die wesentlichsten Momente, die der Roten Armee zum Siege verhalfen. Die Rote Armee ist stark, gut diszipliniert und — sehr selbstbewußt geworden. Sie allein ist gut organisiert, sie allein vermag alles, sie allein hat die Revolution vor dem Untergange gerettet, kurz, sie ist die „Retterin des Vaterlandes" und will als solche gewertet werden.

Besonders ausgeprägt ist dieses militärische Selbstbewußtsein bei den „roten" Offizieren und Unteroffizieren. Das sind zum größten Teil neue Elemente: Arbeiter, Bauern, Angestellte, Studenten, die einen Militärkursus besucht und sich im Laufe von 3—4 Jahren

in ihren „Beruf" eingearbeitet haben. Sie fühlen sich als „Berufsmilitär" vorzüglich und wollen von einer friedlichen, produktiven Beschäftigung nichts mehr wissen. Ein Teil dieser Herrschaften hat es sogar bis zur Militärakademie gebracht, eine ganz gute Bildung erworben und liefert jetzt die Kaders der „höheren Offiziere". Ihnen zur Seite steht noch eine Anzahl Offiziere des alten Heeres, die — ursprünglich zwangsweise eingezogen — sich ebenfalls den Anforderungen der Roten Armee angepaßt haben, mit den überwachenden Kommissären auf gutem Fuße stehen und sich wohl fühlen, weil ihnen die Bestandteile des Glückseligkeitsbegriffes eines kaiserlichen Offiziers geliefert werden: gute Stellung, hohes Gehalt, uneingeschränkte Kommandogewalt, Auszeichnungen, Uniformen, Pferde, Bedienung und großer Einfluß auf das Leben des Landes.

Sieht man sich die neuen jungen Offiziere an, wie sie mit ihren sterngeschmückten Mützen in roten Hosen und Röcken mit roten Streifen herumstolzieren, mit ihren Sporen und Säbeln klirrend und vor den Vertretern der alten Generalität katzbuckelnd — so findet man eine neue Militärkaste, einen neuen „roten" Militarismus.

Diese Kaste ist groß geworden in kommunistischen Kursen und Parteischulen. Sie hat unter den roten Bannern der sozialen Weltrevolution gekämpft und zu Ehren der Dritten Internationale Festparaden befehligt. Und doch ist sie nicht kommunistisch. In der Roten Armee sind nach den Angaben Trotzkis nur 6—7 v. H. ihrer Angehörigen organisierte Kommunisten. Auf dem letzten Parteikongreß im April sprach man von 10 Prozent. Ja, sie sind revolutionär, diese plebejischen Offiziere ohne Achselstücke; aber was liegt dem Gros dieser Leute am Sozialismus, an proletarischer Politik? Sie sind die Sieger, die Retter nicht nur der Revolution, auch die Retter Rußlands, die Retter der Nation. Immer stärker treten bei ihnen nationalistische Stimmungen zutage. So haben sie den Feldzug der russischen Kommunisten gegen die Republik Georgien, ein sozialistisch regiertes, revolutionäres Land, nach Kräften und Möglichkeiten unterstützt. War der Antrieb zu diesem Feldzug bei den kommunistischen Machthabern der Haß gegen die georgischen Menschewiki und das Streben nach ökonomischen Vorteilen (Sicherung der Zugänge zu den Naphthaquellen von Baku), so verwandelte er sich bei den Offizieren des Sowjetheeres in ein Streben nach nationaler Expansion, in einen Kampf um ein „größeres Rußland".

Dieser nationale Charakter der Roten Armee hat in der letzten Zeit an Bedeutung gewonnen, sowohl hinsichtlich der Sympathien der nationalistisch gesinnten Offiziere als auch der Stimmungen innerhalb der gebildeten bürgerlichen Schichten.

Eine interessante Erscheinung macht sich bemerkbar, die in Deutschland den Namen „Nationalbolschewismus" erhalten hat. Eine ganze Reihe russischer Schriftsteller, Gelehrter, Rechtsanwälte, die früher den reaktionären Gruppen angehörten, ehemalige Minister und höhere Staatsbeamte der weißen Armeen Wrangels und Koltschaks usw. (so der frühere Oberprokurator des Heiligen Synods Lwow,

der Koltschakminister Kljutschnikow, der ehemalige Führer der gemäßigten Monarchisten Bobrischtschev-Puschkin und viele andere) sind zu begeisterten Anhängern der Bolschewiki geworden, weil sie eine starke eherne Macht darstellen (was diesen reaktionären Herren nur lieb sein kann), und zu Verehrern der Roten Armee, weil sie für Rußlands Größe und nationale Ehre wirkt. Diesen Verdiensten „um die nationale Sache“ verdankt es die kommunistische Regierung, verdankt es die Rote Armee, daß ihnen von diesen „nationalen Vorkämpfern“ ihr Kommunismus verziehen wird. Es komme ihnen nicht darauf an, behaupten diese Realpolitiker, was die Bolschewiki meinen, sondern was sie tatsächlich tun. Und dies Tun sei derart, daß es den nationalen Bedürfnissen Rußlands durchaus entspreche.

Die Armee als revolutionäre nationale Macht, das Berufsmilitär als nationalistische Offizierskaste, die Verherrlichung der Armee als Ideologie der gebildeten Klassen — dies alles sind Faktoren, die jeden, der mit der Geschichte der bisherigen Revolutionen vertraut ist, an die der Alleinherrschaft Napoleons I. vorangehende Epoche der großen französischen Revolution lebhaft erinnern müssen.

Im Kampfe gegen den enteigneten Landadel und dessen gegenrevolutionäre Heere, sowie in der Abwehr etwaiger Ueberfälle Polens, Finnlands, Rumäniens ist die Rote Armee oder richtiger ihre oberste Schicht (denn die Stimmung der bäuerlichen Soldatenmasse läßt sich schwer definieren) ein durchaus zuverlässiges Werkzeug in den Händen der jetzigen Regierung.

Dem Sozialismus steht die Rote Armee vorläufig vielleicht noch nicht feindlich gegenüber, aber er ist ihr vollkommen fremd und gleichgültig. Die Rote Armee wird nie als schöpferische Kraft für den Sozialismus in Frage kommen.

Die Rote Armee strebt indessen mit vollem Bewußtsein danach, die führende Macht im Staate zu werden. Sie will in die Politik des Staates bestimmend eingreifen können — im nationalen Interesse; sie will in diesem Sinne im Staat herrschen und verhält sich äußerst kühl, wenn nicht direkt feindlich, gegenüber allen demokratischen Einrichtungen, und sie haßt und bekämpft ganz entschieden den Pazifismus, sofern er auf die Machtbeschränkung oder gar auf die Abschaffung aller stehenden Armeen hinarbeitet.

7. DIE „KPR.“ (KOMMUNISTISCHE PARTEI RUSSLANDS)

Wir wiesen schon darauf hin, daß die Kommunistische Partei in der Tat die alleinige, wirkliche Beherrscherin Rußlands ist. Es ist weder die Arbeiterklasse, noch sind es die Sowjets, ja es ist nicht einmal die große bureaukratische Kaste, die letzten Endes über die Geschicke des russischen Volkes entscheidet, es ist einzig und allein die allmächtige Partei der Bolschewiki — die KPR.

In der offiziellen kommunistischen Presse war es, insbesondere mit Rücksicht auf die ausländischen Kommunisten, üblich, diese

Tatsache in Abrede zu stellen und zu behaupten, gerade in Rußland sei die denkbar vollkommenste, idealste Arbeiterdemokratie in Gestalt des Rätesystems verwirklicht.

Der in der letzten Zeit entbrannte innere Kampf erforderte aber eine gewisse Offenheit in diesem Punkte, und es ist denn auch auf dem jüngsten 12. Parteikongreß der KPR. im April 1923 mit aller Deutlichkeit gesagt worden, daß das „Rätesystem" nichts anderes sei als die „Diktatur der Kommunistischen Partei".

So schrieb der bekannte Kommunist Ossinski am 15. April 1923 in der „Prawda", „der Genosse Lenin habe das offene Geheimnis aufgedeckt, wonach das Politbureau*) bei uns letzten Endes sämtliche konkrete Regierungsangelegenheiten des Sowjetstaates entscheide", daß „das Politbureau die oberste Instanz des Rätestaates" sei.

In der darauffolgenden Polemik versuchten weder Sinowjew noch Trotzki diesen Tatbestand zu leugnen; ersterer stellte sogar eine ganze, komplizierte Theorie auf, um zu beweisen, daß die Diktatur der Kommunistischen Partei und ihrer zentralen Körperschaften der einzig wahre und authentische Ausdruck der proletarischen Klassendiktatur wäre.

Im Interesse einer möglichst vollständigen und vielseitigen Analyse der Zukunftsaussichten der politischen Entwicklung Rußlands können wir deshalb nicht umhin, unsere besondere Aufmerksamkeit der inneren Struktur und der sich in ihr vollziehenden Entwicklungsprozesse dieser entscheidenden sozialen Macht zuzuwenden, die die ganze Zukunft Rußlands in ihren Händen hat.

Die bolschewistische Strömung ist um das Jahr 1903 in der damals noch einigen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands entstanden.

Das charakteristische Merkmal, das die Bolschewiki im Richtungskampf innerhalb der russischen Sozialdemokratie von ihren menschewistischen Gegnern unterschied, war das Bestreben, die Sozialdemokratische Partei in eine streng zentralisierte, geschlossene Geheimorganisation von „Berufsrevolutionären" zu verwandeln, die die Möglichkeit hätte, eine uneingeschränkte Alleinherrschaft über die der Sozialdemokratie zuströmenden breiten Massen der revolutionär gesinnten Proletarier auszuüben.

Sich selbst überlassen, so argumentierte Lenin zu jener Zeit, würde die Arbeiterklasse nicht zum Sozialismus kommen, sondern von bürgerlich-reformistischen Strömungen aufgesaugt werden. Das Proletariat auf den revolutinär-sozialistischen Weg zu führen sei die Aufgabe der sozialistischen und revolutionären Intellektuellen, die, als Partei organisiert, das „unzuverlässige" Proletariat bevormunden und die Diktatur der Partei über die Arbeiterklasse durchführen müßten. — Aber auch die Partei selbst sei in den gegebenen Verhältnissen der russischen Wirklichkeit, in der Atmosphäre ihres illegalen Daseins, von Abirrungen von dem Wege des konsequenten

*) Das Politbureau ist das politische Bureau des Kommunistischen Zentralkomitees, eine drei- oder fünf-, jetzt zwölfgliedrige Körperschaft, die die Funktionen eines Präsidiums oder eines geschäftsführenden Vorstandes ausübt.

Marxismus nicht gefeit. Das Mittel, sie davor zu bewahren, sei die Schaffung einer starken, allmächtigen Zentrale, bestehend aus einer kleinen Gruppe erprobter, gleichgesinnter Marxisten, die die Möglichkeit habe, die Zusammensetzung sämtlicher lokaler Parteiorganisationen *von sich aus zu bestimmen*, deren Vorstände abzuberufen und einzusetzen usw., d. h. die Partei *von oben* in sklavischem Gehorsam aufzubauen und über alles, was mit der Partei zusammenhängt, eigenmächtig zu verfügen oder, wie Lenin es einmal drastisch ausgedrückt hat, „die Partei bis auf das letzte Mitglied zu kontrollieren".

Nach diesem Schema hat Lenin in der Tat eine Partei geschaffen, deren Mitglieder, auf der einen Seite Macht und Ehre heischende Herrschernaturen sind, auf der anderen geistig unselbständige Naturen und Handarbeiterkreise mit stark ausgeprägtem Bedürfnis, von anerkannten Autoritäten kommandiert zu werden, Führer vor sich haben, denen sie ohne weitere geistige Anstrengung blindlings folgen könnten. (Eine solche Führerautorität stellte für die Massen der Kommunistischen Partei ihr Begründer *Lenin* dar.) Daraus erwuchs bei den Bolschewiki — im Gegensatz zu allen anderen russischen revolutionären Parteien — ein Persönlichkeitskultus schlimmster Art — und der hier vergöttert wurde, war wiederum Lenin. Von Anbeginn an waren die Bolschewiki, wie sie sich selbst mit Stolz bezeichneten, *Leninisten*. Und im Zusammenhang mit einer solchen organisatorischen Einstellung bildete sich bei den Bolschewiki sehr bald auch eine entsprechende Denkart und Theorie heraus, die sie dem Marxismus innerlich entfremdete, dagegen ihre besondere enge geistige Verwandtschaft mit den Denk- und Kampfmethoden der von Intellektuellen beherrschten russischen Verschwörerorganisationen früherer Zeiten zutage treten ließ, wie sie in der vorangegangenen Periode der 60er, 70er und 80er Jahre des 19. Jahrhunderts von Männern wie Tkatschov, Netschajev, Bakunin gegründet worden waren!

Die Eigenart dieser theoretischen Einstellung bestand in der Ueberschätzung der Rolle und Bedeutung der Führer in der sozialistischen Bewegung, der Macht einer „initiativreichen Minderheit", der geschichtlichen Rolle von bewaffneten Aufständen und ähnlichen Ideen aus der abgeschlossenen Epoche der ihrem Wesen nach nicht proletarischen Bewegung. Dieser Grundstimmung gesellte sich eine Mißachtung und Geringschätzung der freien Selbsttätigkeit der Massen, der *Demokratie*, der politischen Freiheit usw. zu.

Eine solche Partei schien in der Tat dazu bestimmt, sich an die Spitze jener spontanen Massenbewegung kriegsmüder Soldaten, landhungriger Bauern und ungeschulter, von der revolutionären Welle mitgerissener Arbeiter zu stellen, die das russische Volk im Herbst 1917 ergriff.

Die Kommunistische Partei wuchs. Von 79 000 Mitgliedern im April schwoll sie im August bereits auf 200 000 an und erreichte somit die damalige Mitgliederzahl der Menschewiki.

Durch einen bewaffneten Staatsstreich, unter *passiver* Haltung der großen Mehrzahl der organisierten und geschulten Arbeiter-

schicht an die Macht gelangt, machte die KPR. sich auch in der Verwaltung des russischen Staates sehr bald jene Prinzipien zu eigen, die so viele Jahre hindurch den organisatorischen Aufbau dieser Partei selbst bestimmt hatten.

Das System der doppelten Diktatur der Parteizentrale über die Partei und der Partei über das Proletariat wurde noch weiter zugespitzt durch die Diktatur der Stadt über das Land, des städtischen Proletariats über die gesamte Dorfbevölkerung. Eine Diktatur des Proletariats als Klasse war indes dieses in Pyramidengestalt errichtete System der aufeinandergetürmten Diktaturen der verschiedenartigsten Elemente nur in der Theorie.

In der Praxis begann bereits kurz nach der Umwälzung im November 1917, nachdem es einigermaßen feststand, daß die Macht der Bolschewiki sich gefestigt hatte, ein gewaltiger Zustrom nichtproletarischer Elemente zur Kommunistischen Partei, hauptsächlich aus den Reihen des Bauerntums, das den neuen Machthabern erheblichen Landgewinn verdankte.

Revolutionäre Bauern und Soldaten, Intellektuelle, die die zunehmende Macht der neuen Gewalthaber empfanden, Abenteurer verschiedener Schattierungen, ehemalige kaiserlich russische Offiziere und ähnliche nichtproletarische, unzuverlässige Gesellschaftsschichten strömten jetzt in großen Massen der Kommunistischen Partei zu, während der größte Teil des Proletariats — z. T. unter dem Einfluß der Sozialdemokratie, z. T. infolge der erschreckenden Lage der russischen Industrie und des in den Städten wütenden Hungers — der KPR. nicht nur mißtrauisch, sondern feindlich gegenüberstand.

Das Ergebnis war die Umwandlung der KPR. in einen Regierungsblock heterogener sozialer, vorwiegend halbproletarischer und bäuerlich-kleinbürgerlicher Schichten.

Von über 300 000 wuchs die Mitgliederzahl der KPR. Ende des Jahres 1920 auf nahezu 700 000 an. Die bunte Gesellschaft, die sich hier unter kommunistischem Banner versammelt hatte, wurde einerseits durch den gemeinsamen Genuß der politischen Macht und der sich daraus ergebenden gemeinsamen Nutznießung der unerschöpflichen Reichtumsquellen des Landes, andererseits durch die gemeinsame Abwehr der feudalen Reaktion zusammengeführt.

Die Reaktion wurde Ende 1920 in Gestalt ihres führenden Exponenten, des Armeeführers Wrangel, endgültig geschlagen, zugleich aber stellte sich der Zusammenbruch des konsequent durchgeführten Kommunismus heraus, der die seit langer Zeit im Anschwellen begriffene wirtschaftliche Krise auf die Spitze getrieben hatte.

Der Regierungsblock geriet ins Wanken. Der erste Stoß ging bemerkenswerterweise von Arbeitern aus.

Die Gärung innerhalb der arbeitenden Bevölkerung Moskaus und Petersburgs griff immer weiter um sich und führte zu Massenaustritten poletarischer Elemente aus der Kommunistischen Partei.

Die Parteiobrigkeit hatte allen Grund, nervös zu werden. In immer schärferen Formen wurden die vorhandenen Gegensätze innerhalb der Partei ausgetragen, Gegensätze, die in latentem Zu-

stande schon lange bestanden hatten, jetzt aber mit dem Abschluß des Bürgerkrieges zum Ausbruch kamen und sogar organisatorische Formen annahmen: Gegensätze zwischen kommunistischen Bauern, die den Zusammenbruch ihrer eigenen Klasse infolge der verfehlten kommunistischen Politik kommen sahen, und verbohrten proletarischen Parteidogmatikern; zwischen privilegierten Oberschichten der Partei, die den ganzen Apparat der oberen Staatsbeamten und höchsten Würdenträger stellten und in Wohlstand und Luxus lebten, und der Masse der Parteimitglieder, die sich nur um ein weniges über das für jene Epoche charakteristische Hungerdasein der Gesamtbevölkerung erheben konnten; zwischen kommunistischen Militärs, die, von den eigenen Siegen berauscht, die ganze Industrie zu militarisieren trachteten, und den proletarischen Gewerkschaftsführern; zwischen den im Machttaumel befindlichen Trägern der Gewalt und den nüchternen Praktikern, die in ständiger Berührung mit der Masse stehen und fühlen konnten, wie die Gewaltherrschaft ihrer Partei sowohl Herrscher wie Beherrschte täglich und stündlich korrumpierte...

Ein erbitterter Kampf innerhalb der Partei ward entfesselt, der vornehmlich von der sogenannten „Arbeiteropposition" geführt wurde. Selbst Lenins „Autorität" konnte ihn nur mit Mühe und Not in gewissen Grenzen halten.

Dem Zersetzungsprozeß innerhalb der KPR. wurde indessen für eine gewisse Zeit durch den Aufstand der Kronstädter kommunistischen Matrosen ein Ende gemacht, der eine nicht ernst genug zu nehmende Gefahr für alle heraufbeschwor und auf diese Weise zum letzten Male die auseinanderfallenden Gebilde der KPR. in ein einheitliches und geschlossenes Ganzes verwandelte.

Der Kronstädter Aufstand leitete eine Periode des allgemeinen „Rückzuges", der Preisgabe des kommunistischen Draufgängertums, eine Periode der „neuen Wirtschaftspolitik" ein, die die Wiederherstellung der Handels- und Gewerbefreiheit und ein „Zurück zum Kapitalismus" bedeutete.

Mit der „neuen Wirtschaftspolitik" verschwanden viele jener Gegensätze, die bis dahin die Einheit der Kommunistischen Partei bedroht hatten. Jedoch blieb ein Teil der alten Gegensätze in verschärfter Form bestehen und unzählige neue waren die Frucht der neuen Methoden des Wirtschaftens und Regierens.

Die „neue Wirtschaftspolitik" mußte in erster Linie im Interesse der gesamten Volkswirtschaft auf die berechtigten Wünsche und Forderungen der Bauern, einer Klasse von besitzenden Kleinproduzenten, Rücksicht nehmen. Den Bauern wies sie in der Tat neue Wege, die ihnen einen wirtschaftlichen und politischen Aufstieg, eine selbständige Existenz als Klasse ermöglichen sollte. Und der erste Erfolg dieser Neuorientierung war, daß die Bauern als Klasse ihr Selbstbewußtsein allmählich wiedergewannen und der ihnen fremden und zum Teil verhaßten KPR. den Rücken kehrten. Die Revolution der russischen Bauern war zu Ende, die Nutznießung

ihrer Errungenschaften, die den Bauern zum selbständigen Eigentümer machten, mußte nun mit aller Kraft einsetzen.

In der Erkenntnis der ihrem proletarischen Klassencharakter drohenden Gefahr ergriff andererseits die Partei selbst die Initiative, um durch drakonische „Reinigungs"maßnahmen ihre Mitgliedschaft von unzuverlässigen Mitläuferelementen zu säubern.

Die Massenflucht der Bauern aus der Partei, verstärkt durch die Säuberungsaktion, bewirkte ein Zusammenschrumpfen des Mitgliederbestandes auf 380000 (davon bloß 40 Prozent proletarischer Abstammung). In 15 Gouvernements ist ein Rückgang der Mitgliederzahl von 88705 (hauptsächlich Bauern) im Jahre 1920 auf 24343 im Jahre 1922 beobachtet worden. In vielen Organisationen erreichte der Mitgliederschwund 48—50 v. H. der Gesamtmitgliederzahl, ja in manchen Distrikten schnellte die entsprechende Ziffer bis auf 80 v. H. empor. Auf der Bezirkskonferenz der KPR. des Gouvernements Petersburg erklärte ein Delegierter: „Der kommunistische Bauer stellt sich das Endziel der Revolution als die Befriedigung seiner materiellen Interessen als Landwirt und Bodenbesitzer vor. 99 v. H. der kommunistischen Bauern fassen den Gedanken des Endziels ebenso auf. Sobald die Partei gewisse Forderungen im Zusammenhang mit den Erfordernissen des kommunistischen Aufbaues erhebt, kommt daher sofort die Weltanschauung des selbständig wirtschaftenden Eigentümers in dem Auftreten des kommunistischen Bauern zum Vorschein."

Dies ist im wesentlichen der Charakter des sozialen Zersetzungsmoments. Parallel damit wirkt und entfaltet sich weiter der Faktor der inneren Gegensätze selbst innerhalb der rein proletarischen und intellektuellen Elemente der KPR. Als Beweis zitieren wir den Brief Mjassnikovs, eines kommunistischen Arbeiters, der seit 15 Jahren der Partei an führender Stelle angehört hatte. Nach heftigen Zusammenstößen mit führenden Parteiinstanzen wurde Mjassnikov aus seinem Wirkungskreis, dem Uralgebiet, entfernt und nach Petersburg versetzt. Hier verwickelte er sich in eine literarische Auseinandersetzung mit Lenin, in deren Verlauf ihm zunächst durch Rundschreiben Nr. 4771 des Kommunistischen Zentralkomitees vom 23. August 1921 das Auftreten in Parteiversammlungen untersagt wurde. Als er sich jedoch auch hierauf nicht fügte, wurde er kurzerhand aus der Partei ausgeschlossen. In einem Brief an Lenin schreibt er:

> „In Moskau, in Petersburg, im Uralgebiet — überall herrscht augenblicklich in den Betrieben und Fabriken das tiefste Mißtrauen gegenüber den Kommunisten.
>
> Die Arbeiter empfinden die Regierung nicht als ihre Regierung . . . Die Macht ist wohl da, aber sie ist weit und fremd.
>
> Die Arbeiter haben eine feste Scheidewand zwischen sich und den Kommunisten errichtet. Warum? Wo liegt die Ursache? Oder wollen Sie behaupten, daß die Kommunistische Partei hieran unschuldig sei, daß die Arbeiter bei uns Meinungsfreiheit hätten? Das ist nicht wahr! . . .
>
> Die Redefreiheit wird in der Kommunistischen Partei auf die schändlichste Art und Weise unterdrückt . . .
>
> Wenn einer es wagt, in der Partei eine eigene Meinung zu haben, wird er als Verbrecher behandelt oder zu einem hoffnungslos Verrückten gestempelt, der sich anmaßt, klüger als Lenin selbst zu sein. . . .

Jeder Versuch, eine kritische Meinung zum Ausdruck zu bringen, wird als „Menschewismus" oder „sozialrevolutionäre Infektion" gebrandmarkt. Infolgedessen greift in den oberen Parteikreisen eine unglaubliche Demoralisation, Verlogenheit und Heuchelei um sich . . .

Deshalb schweigen wir — und wir schweigen so lange, bis wir es fertiggebracht haben, uns ohne Worte zu verständigen und einander ohne Worte in die Fresse zu hauen. So war es ja in Kronstadt. Wir haben geschwiegen und immer weiter geschwiegen — alles war schön und gut, bis es eines Tages kam. Und da hatten wir eins in der Fresse sitzen. Was ist im Grunde der ganze Kronstädter Aufstand? Ein paar hundert Kommunisten haben mit einem Male angefangen auf uns zu schießen*). Was hat das zu bedeuten?

Auch ich habe geschwiegen. Bis ich jetzt eingesehen habe, daß das ein Verbrechen ist."

Soweit Mjassnikov.

Seine Verschwiegenheit hat er mit dem Ausschluß aus der Partei büßen müssen. Schlimmer dagegen ist es einem anderen „Ketzer" ergangen, dem Matrosen Panjuschkin, dem Führer der bolschewistischen Matrosentruppe aus dem Jahre 1917. Unter der Führung Panjuschkins hatte sich 1921 eine größere geschlossene Gruppe unzufriedener Elemente gebildet, die innerhalb der Partei versuchte, eine neue Taktik durchzusetzen. Nach dem unvermeidlichen Ausschluß aus der KPR. schritt sie zur Bildung einer eigenen Partei und endete in den Kasematten der Tscheka und sonstigen sowjetistischen Gefängnissen.

Einflußreiche „oppositionelle" Elemente, wie Ignatov, Lutowinov (ehemaliger Vizepräsident des Allrussischen Zentralexekutivkomitees) u. a., wurden durch Ehrenverbannungen mit diplomatischen Aufträgen ins Ausland unschädlich gemacht.

In der Folge spielte sich folgender charakteristischer Vorfall ab. In einer Sitzung der Exekutive der Kommunistischen Internationale im März 1922 in Moskau erschien eine aus 22 angesehenen kommunistischen Arbeitern bestehende Abordnung, die die Hilfe und Unterstützung der Internationale gegen die Unterdrückung jeglicher organisatorischer und geistiger Freiheit innerhalb der KPR. anrief. An der Spitze der sonderbaren Abordnung (die den Namen „Arbeiteropposition" erhalten hat), befanden sich Schljapnikov, ehemaliger Volkskommissar der Arbeit, und die bekannte kommunistische Schriftstellerin Alexandra Kollontaj, ehemaliger Volkskommissar für soziale Fürsorge.

In der Erklärung dieser zweiundzwanzig heißt es u. a.:

„In unserer Partei, die zu 40 Prozent aus Proletariern, zu 60 Prozent aus Nichtproletariern besteht, führen die Zentralinstanzen einen erbitterten Kampf gegen alle (und in erster Linie gegen Proletarier), die eine eigene Meinung zu besitzen sich erdreisten; wagt man aber, seine eigene Meinung offen heraus zu sagen, so hat man die verschiedenartigsten Strafen zu gewärtigen . . .

In den Gewerkschaften herrscht derselbe Zustand der Unterdrückung . . . Die kommunistischen Fraktionen innerhalb der Gewerkschaften dürfen nicht

---

*) Man vergleiche diese Schilderung mit den abgedroschenen Redensarten der kommunistischen Presse, wonach der Kronstädter Aufstand von zaristischen Generalen organisiert und geleitet worden sei.

einmal auf Verbandstagen bei der Wahl der Verbandsfunktionäre ihre Meinung offen aussprechen ... Sie dürfen nicht einmal die Personen bestimmen, die über sie herrschen sollen. Sie haben ohne weiteres die vom Zentralkomitee nominierten Kandidaten zu „wählen"*).

Das führt zu Strebertum, Vetternwirtschaft, Intrigen und ekelt die Arbeiter dermaßen an, daß sie aus der Partei austreten ...

Ist die Dritte Internationale bestrebt, die Einheitsfront herzustellen, so muß sie vor allen Dingen danach trachten, diese Einheitsfront zuerst einmal innerhalb der KPR. selbst verwirklichen zu lassen.

Die Lage innerhalb unserer Partei ist so schwierig, daß sie uns veranlaßt, Eure Hilfe anzurufen, um die Spaltung der Partei zu verhindern."

Das Ergebnis einer solchen Lage innerhalb der Partei kann nichts anderes sein als eine Schwächung der Partei nach außen hin infolge des schwindenden Zusammenhanges mit dem sozialen Unterbau der proletarischen Klasse.

Ein erheblicher Teil der proletarischen KPR.-Mitglieder haben schon längst aufgehört, tatsächliche Arbeiter zu sein. Sie sind nur mehr Beamte, Betriebsleiter, Verwaltungstechniker, Offiziere der Roten Armee usw.

Ja selbst unter den im Jahre 1922 neueingetretenen Parteimitgliedern waren 38,9 Prozent Arbeiter der Abstammung nach, während nur noch 3,2 Prozent (!) auch dem Beruf nach Arbeiter waren.

Dementsprechend ist auch die Zahl der organisierten Kommunisten unter den in der Produktion beschäftigten Arbeitern und Angestellten lächerlich gering. So gehörten im April 1922 von den 500 000 Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes im ganzen 3 v. H. der KPR. an, von den 300 000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Angestellten der Textilindustrie 1,5 v. H., während unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Angstellten der Zuckerindustrie sich sage und schreibe 1 Prozent Kommunisten befanden!

Mit der wachsenden Entwurzelung der Kommunistischen Partei in den Arbeitermassen nimmt aber auch der innere Zersetzungsprozeß immer mehr zu. Die Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten ändern sich nach Wesen und Inhalt, sie spitzen sich aber immer mehr zu, zumal jetzt, wo praktisch Lenin nicht mehr da ist, der die Gegensätze zu schlichten und die einander bekämpfenden Parteigenossen zu versöhnen und zur Ruhe zu bringen vermochte.

Die Diskussion, die dem Mitte April 1923 stattgefundenen 12. Parteitag der KPD. vorausging, hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, wie akut und unversöhnlich die Gegensätze in der Partei geworden sind, und die durch nach außen hin so dick unterstrichene Scheineinheit der Partei wird über den wahren Sachverhalt nicht hinwegtäuschen können.

Man könnte wohl mit eiserner Diktatur den Cliquenkampf um die Macht ausrotten, man könnte den Konkurrenzkampf der einzelnen Aemter und Ressorts unterdrücken, man könnte schließlich auch alle

---

*) Man stelle sich hiernach vor, welche Rechte einfache, nichtkommunistische Gewerkschaftsmitglieder besitzen.

übrigen praktischen Differenzen irgendwie aus der Welt schaffen — man kann aber nicht jene grundlegende Tatsache hinwegdekretieren, daß ein erheblicher Teil der Partei den objektiven unversöhnlichen Widerspruch zwischen den Bedürfnissen des organischen Wachstums des Landes, seines wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieges und dem System der terroristischen Diktatur, dem Fehlen jeglicher politischen Freiheit und der völligen Rechtlosigkeit sowohl des einzelnen Individuums als auch ganzer Gesellschaftsklassen erkannt und begriffen hat.

Die kommunistischen Wirtschaftler vom Schlage eines Krassin, die augenblicklich eine sehr bedeutende und zahlreiche Schicht innerhalb der KPR. bilden, haben eingesehen, daß unter dem jetzigen System der unkontrollierbaren Allmacht der Parteibureaukratie weder ein Wiederaufbau der Industrie, noch ein Zufluß von ausländischem Kapital möglich ist, ohne die eine Wiederherstellung der russischen Volkswirtschaft von vornherein aussichtslos ist.

Andererseits sehen auch die in der praktischen Werbearbeit in ständiger Berührung mit den proletarischen Massen stehenden Parteifunktionäre, daß das System der Knechtung und Unterdrückung die Selbsttätigkeit der Arbeiter tötet, eine Atmosphäre unglaublichster Korruption schafft und somit nicht nur den kulturellen Aufstieg des Proletariats verhindert, ohne den der Sozialismus undenkbar ist, sondern es auch in seinem wirtschaftlichen Kampfe gegen den emporstrebenden Kapitalismus fesselt und knebelt.

Auch die herrschende Parteibureaukratie — all die Sinowjews, Kamenews, Stalins — verkennt die Wichtigkeit dieser neuen Gedanken nicht, sie befürchtet aber mit Recht von dem geringsten politischen Zugeständnis (die „Links-" und „Rechts"opposition innerhalb der KPR. verlangt ja vorläufig nichts als einige geringfügige „Reförmchen", ohne zu wagen, an den Grundfesten der Parteidiktatur zu rütteln), daß es sich in eine Gefahr für die Diktatur selbst, für ihre eigene Macht verwandeln könnte. Ihre Tagesparole lautet daher: Keine Reformen! Beibehaltung des Status quo um jeden Preis!

Die Bemühungen der kommunistischen Parteibureaukraten sind jedoch vergeblich. Die Kluft innerhalb der Partei ist zu tief, um verkleistert werden zu können. Der unterirdische Kampf dauert an. Sondergruppen, Fraktionen usw. werden gegründet, die mit eigenen „illegalen" Programmen, Flugblättern, Aufrufen hervortreten und um die Seele des Arbeiters werben. Wir brauchen bloß auf die rührigste unter diesen Gruppen hinzuweisen, die „Arbeiterwahrheit", die es fertiggebracht hat, innerhalb der KPR. (illegal!) eine eigene Partei mit eigenem Organisationsapparat zu bilden.

Die Fortsetzung dieses inneren Kampfes neben der weiteren Zersetzung der KPD. ist unvermeidlich.

Hand in Hand damit geht der Prozeß einer moralisch-psychologischen Umstellung größerer Parteikreise.

„Die zahlreichen Arbeitersöhne und Kleinbürger, die durch die Kommunistische Partei zur Macht gelangt sind, die von ihr die

entsprechende Anregung zur Entfaltung ihrer natürlichen Anlagen empfangen haben, all diese Leute, die ein schweres, dumpfes, düsteres Leben hinter sich haben, die selbst das Gefühl ruhigen Sattseins kaum je zuvor gekannt haben, haben jetzt eine neue Schule des Lebens über der Masse durchgemacht, sie haben den Genuß so mancher äußeren Lebensbequemlichkeiten kennen und schätzen gelernt, auf die sie jetzt nicht mehr verzichten können. So mancher von ihnen hat sich nicht nur an äußeren Lebenskomfort, sondern gar an Luxus gewöhnt. Und die nervöse Spannung, die durch die Atmosphäre des akuten Bürgerkrieges hervorgerufen wurde, öfters Hand in Hand gehend mit sittlicher Verkommenheit, dem naturnotwendigen Produkt der Tätigkeit in barbarisch-grausamen Lebensbedingungen des Krieges oder in der grauenerregenden Atmosphäre der Tscheka, weckte den Durst nach dem vollständigen Ausleben der physiologischen Körperressourcen ohne alle Teilnahme des Denkens, Fühlens, geistigen Erlebens. Neben der neuen Bourgeoisie sind es heute gewisse Kreise der „lebensmüden" Träger der Macht, die das glänzende, strahlende Licht der Nachtlokale anzieht, die reizvollen Empfindungen des Genusses von Luxus, Wein usw. Es sind dies die Kreise, deren psychologische Umstellung aus der Reaktion auf die Blutströme des Bürgerkrieges, aus der allgemeinen durch das undemokratische Herrschaftssystem großgezüchteten und genährten Korruption, aus jener bourgeoisen Sintflut heraus zu begreifen ist, in der das heutige System durch Fügung des historischen Schicksals versinkt. Für alle diese „roten Direktoren", neuen „Wirtschaftler", Organisationsbeamten und Verwaltungsleute sind die alltäglichen Stimmungen des „grauen" Lebens und des schweren Kampfes der Arbeiter fremd und unverständlich.... Sie wollen nun einmal selbst leben." („Sozialistischer Bote" No. 22 [44] S. 10).*)

„Die herrschenden Schichten wollen nicht nur selbst leben, sie lassen sich bereits mit Leichtigkeit auf das Nichtlebenlassen der anderen, auf Arbeiterverfolgungen usw. ein; die Ausbeutung der Arbeitskraft, polizeiliche Unterdrückung von Streiks usw. erscheint ihnen als eine „Notwendigkeit". Das Wirken und Leben der Machthaber verwandelt sich immer mehr in Alltagsprosa. In den vergangenen Jahren haben die kommunistischen Beamtenkaders bereits eine üble zynische Schule des systematischen Belügens der Massen, der pomphaften Bluffmacherei in der Politik und der grundsätzlichen Gleichgültigkeit gegenüber den Empfindungen und Gefühlen der Arbeiter„plebs" durchgemacht. Heute wird die Praxis dieser Leute noch „geschäftlicher", polizeilicher und in bürgerlich-scharfmacherischem Sinne aufrichtiger. Ideell-kulturelle Bestrebungen geraten ins Hintertreffen, werden zur Domäne enger, speziellinteressierter Kreise und sinken zu einem immer unbedeutenderen Detail in dem Gesamtlebensbild der herrschenden kommunistischen Schicht herab (im Gegensatz zu den Stimmungen innerhalb der studierenden Jugend und der Arbeiterbevölkerung).

*) Herausgegeben in Berlin von Martow, Abramowitsch und Dan.

Leben und herrschen — dies ist die instinktive Grundstimmung, das unbewußte Programm dieser Schichten, insbesondere der irgendwie bevorrechteten unter ihnen." (Ebenda S. 10/11.)

Daneben zunehmende Apathie, Enttäuschung und moralische Fäulnis. Man höre die Aeußerungen führender Parteifunktionäre auf der Bezirkskonferenz der KPR. für das Gouvernement Peterstersburg im Herbst 1922:

„Statt an den Sitzungen teilzunehmen, beteiligen sich die verantwortlichen Funktionäre an irgend einem Saufgelage. ... Das Saufen der führenden Funktionäre, die ihre Aufgaben zu erfüllen suchen, nachdem sie aus ihren Chambres séparées zum Vorschein kommen, bedeutet den Ruin unserer Partei" ... Selbst die von der Konferenz angenommene Entschließung beschwert sich über das Fehlen „eines ernsten Kampfes gegen das Umsichgreifen bürgerlicher Sitten innerhalb der Partei (Saufen, Amtsmißbrauch, Streben zum behäbigen Spießerdasein, Jagd nach Komfort, Verletzung der Parteidisziplin, Streben zum Eigentumserwerb, Gründung von Privatfarmen und -Siedlungen usw.)".

Die KPR. als die Macht, die bis auf den heutigen Tag das Gerüst der Diktatur stützte, beginnt abzubröckeln und in die Brüche zu gehen.

Eine Spaltung der Partei ist unvermeidlich. Die in der Partei herangereiften „bonapartistischen" Elemente erstarken immer mehr. Unvermeidlich erscheint der Kampf zwischen ihnen und jenen proletarischen Schichten, die der Partei in ihrem utopischen, jedenfalls aber aufrichtigem Glauben an die Allmacht der revolutionären Diktatur noch angehören und den Zusammenhang zwischen Partei und Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten suchen.

Der Ausgang dieses Kampfes wird letzten Endes auch über die weiteren Geschicke der russischen Revolution entscheiden.

Unzweifelhaft jedoch ist, daß die Entwicklung zum bonapartistischen Kapitalismus, von der wir oben sprachen, eine immer stärkere Stütze in der KPR., dieser einstigen Trägerin des utopisch-sozialistischen Gedankens, findet.

III. INTERNATIONALE ZUSAMMENHÄNGE

1. DIE RUSSLANDPOLITIK DER GROSSMÄCHTE

Eine Zeit lang waren die bolchewistischen Führer der Ueberzeugung, daß die kapitalistische Gesellschaft am Vorabend der sozialen Revolution stände, die von heute auf morgen in der ganzen Welt ausbrechen würde. Diese Ueberzeugung war es, die ihnen einerseits Mut einflößte zu neuen Kämpfen und andererseits ermöglichte, sorglos in die Zukunft zu blicken und sich nicht den Kopf zu zerbrechen über die Folgen ihrer Politik. Die ausländischen Klassenbrüder und Genossen würden schon alles wieder in Ordnung

bringen und das vollenden, wozu die Russen allein nicht imstande wären. Dann würde alles schon von selbst gut werden.

Aber die naiven Hoffnungen der russischen Revolutionäre zerschellten an den harten Klippen des realen Lebens. Die ausländischen Brüder kamen nicht und es mußte ernsthaft damit gerechnet werden, daß den Ländern Europas und Amerikas noch eine mehr oder minder lange Periode kapitalistischer Entwicklung beschieden sei. Diese kapitalistische Entwicklung wird ganz besondere historische Eigentümlichkeiten haben, sie wird sich unter heftigen Zuckungen und Erschütterungen, im Beben und Zittern des sozialen Kampfes, im donnernden Getöse der kommenden Revolution vollziehen, aber sie wird dennoch ausgesprochen kapitalistisch sein. Das bedeutet, daß Rußland in den nächsetn Jahrzehnten von einem Ring kapitalistischer Länder umgeben sein wird, was nunmehr auch von der Kommunistischen Partei offiziell anerkannt und von Trotzki, Lenin und Sinowjew mit aller Deutlichkeit wiederholt zugegeben wurde. So wird die ganze weltwirtschaftliche und weltpolitische Umgebung, in der sich Rußland entwickeln muß, eine kapitalistische sein und auf Rußlands wirtschaftliche und politische Entwicklung nicht ohne Einfluß bleiben, denn sie wird naturnotwendig jene Tendenzen stärken, die Rußland auch ohnehin zum Kapitalismus treiben.

Die Rußlandpolitik Englands, Frankreichs und der anderen Länder mit Ausnahme Deutschlands bestand in der ersten Zeit nach November 1917 darin, daß die Regierungen der betreffenden Länder es für ihre Pflicht hielten, die „weißen" Armeeführer gegen Sowjetrußland zu unterstützen. Die Motive dieser Politik waren hierbei ganz verschiedener Art. Einerseits befürchtete man (vor November 1918) Deutschlands Einfluß auf die bolschewistische Regierung, andererseits haßte man das „rote" Rußland oder man hatte einfach Angst, die Proletarier in den eigenen Ländern könnten von der „roten" Seuche angesteckt werden.

Als nun der Krieg gegen Deutschland beendet war und es sich inzwischen herausgestellt hatte, daß die Sowjetregierung auch im Bunde mit den weißen Generalen nicht so leicht zu stürzen sei und die Gefahr des „eigenen" Bolschewismus nicht mehr so groß zu sein schien, bekehrten sich die kapitalistischen Regierungen zu anderen politischen Methoden — je nach den imperialistischen Interessen ihrer Länder. Inzwischen hatte sich nach und nach ergeben, daß gerade in diesem Punkte manche „bolschewistisch" anmutende Pille gar nicht so überaus schwer zu schlucken war.

Ein großes, mächtiges, hochentwickeltes Rußland ist für England seit jeher ein Dorn im Auge gewesen, weil es ständig mit der russischen Expansionspolitik in Asien (Persien, Afghanistan usw.) zu rechnen hatte. Nun ist Rußland unter den Bolschewiki erheblich geschwächt und verkleinert worden, es hat sich die Lostrennung Finnlands, Estlands, Lettlands, Polens und Litauens gefallen lassen — einer Anzahl kleiner, auf den Seehandel angewiesener Staaten, die von vornherein in die Machtsphäre Englands als des „Beherrschers

der Meere" gelangen müssen. Das bedeutet, daß England nunmehr sämtliche Zugänge Rußlands zur See in seinen Händen hat.

In dem Maße, wie Rußlands Wirtschaft durch die Bolschewikiherrschaft geschwächt wurde, ergaben sich für das englische Kapital Aussichten, seinen Einfluß auf das russische Wirtschaftsleben nicht unerheblich zu erweitern. Somit entfiel aber für England die Voraussetzung für einen planmäßigen Kampf gegen die heutige russische Regierung. Umgekehrt würde die Errichtung einer starken bürgerlichen nationalen Regierung für England in der Zukunft unvergleichlich gefährlicher werden als das Weiterbestehen des bolschewistischen Regierungssystems. Die um Lloyd George gruppierten Anhänger dieser neuen „sowjetversöhnlichen" Politik Englands machten kein Hehl aus den großen Schwierigkeiten, die einer dauernden Annäherung an die Sowjetregierung im Wege standen. (Die Frage der alten Staatsschulden und der Entschädigungen für englische Staatsbürger, die in Rußland unter der Revolution gelitten haben; die Frage der russischen Propaganda in Kleinasien, der Türkei, Turkestan, Persien, Afghanistan, Aegypten, Indien usw.). Aber man hoffte einerseits durch wirtschaftlichen und politischen Druck auf das geschwächte und kredithungrige Rußland die Sowjetregierung „zur Vernunft zu bringen" und andererseits durch geschicktes diplomatisches Spiel die von den Bolschewisten angezettelten Gefahren im Osten überwinden zu können.

Ueberdies mußte die Regierung Lloyd George mit dem Druck der englischen Arbeiterschaft rechnen, die teilweise aus internationaler Solidarität, teilweise in der Erwartung, durch Aufschließen des russischen Absatzmarktes die wirtschaftliche Krise und Arbeitslosigkeit in England mildern zu können, auf eine rasche Verständigung mit Sowjetrußland drängte.

So kam es, daß die englische Regierung sich nicht nur entschloß, die Sowjetregierung zu dulden, sondern sie in einem gewissen Moment sogar direkt unterstützte.

Es ist durchaus kein Zufall, daß England seinen „Handelsvertrag" mit Rußland gerade in dem für die Sowjetregierung kritischsten Augenblick (Anfang 1921) abschloß, wo es genau wußte, daß der Vertrag die Sowjetregierung stützen und ihre Politik befestigen würde *).

Frankreichs Interessen gegenüber Rußland sind dagegen bisher stets die entgegengesetzten gewesen. Während England auf die Schwächung und Zersplitterung Rußlands hinarbeitete, war Frankreich an einem großen und mächtigen Rußland hervorragend interessiert, weil nur ein großes und mächtiges Rußland ihm ausreichenden Schutz gegen Deutschland und — was auch immer kommen mag — gegen England gewähren kann. Daher war Frankreich auch der erbittertste Gegner Sowjetrußlands, der wohl schwerlich etwas unterlassen hat, was der Wiederherstellung einer militärisch starken nationalen Monarchie in Rußland hätte förderlich sein kön-

*) Das letzte Ultimatum-Zwischenspiel Curson-Tschitscherin ändert nichts an dem Grundcharakter der englischen Politik.

nen. Diese Aufgabe zu bewältigen war jedoch das verarmte und durch den Krieg geschwächte Frankreich nicht imstande. Es mußte sich damit begnügen, einen etwas schwächeren Verbündeten in Deutschlands Rücken zu haben — den polnischen Staat, von seinen kleineren „Schützlingen", wie Rumänien und die Tschechoslowakei, nicht zu reden. Auch in Frankreich begann man unter dem Druck gewisser Industriekreise (Herriot) die antibolschewistische Rußlandpolitik allmählich abzuschwächen, um nach dem schmerzlichen Verzicht auf die Wiederherstellung der Romanowschen Monarchie nicht auch auf alle einigermaßen vorteihaften Positionen bei der ökonomischen Ausbeutung Rußlands verzichten zu müssen, um Rußland, das nunmehr durch den Rapallovertrag mit Deutschland verbunden ist, nicht ganz an Deutschland und England auszuliefern.

Diese Politik hat schon das Ministerium Briand immer energischer verfolgt, das die Beschlüsse von Cannes herbeiführte, aber auch das Kabinett Poincaré wird vielleicht von der von seinem Vorgänger eingeschlagenen Politik nicht mehr zurückweichen können.

Ungefähr in denselben Bahnen bewegt sich auch die Politik Japans. Japan ist die einzige Macht, die seinerzeit nicht nur die Möglichkeit hatte, größere Truppenteile nach Rußland zu senden, sondern die imstande gewesen wäre, mit ihren Armeen ganz Sibirien bis zum Ural zu besetzen. Es hat dies nicht getan mit Rücksicht auf Amerika. Jetzt führt Japan mit der Sowjetregierung Verhandlungen über weitgehende wirtschaftliche Konzessionen zur Ausbeutung der Naturschätze Sibiriens. Jedenfalls hat es die japanische Regierung aufgegeben, unmittelbar auf den Sturz der Bolschewikiherrschaft hinzuarbeiten. Ist es doch auch für ihre Pläne viel vorteilhafter, daß in Rußland keine vom Standpunkt des Imperialismus wirklich starke, d. h. bürgerlich-nationale Regierung besteht.

Die Vereinigten Staaten haben sich an der bewaffneten Interventionspolitik der Entente gegen Sowjetrußland nicht beteiligt, aber die bolschewistische Regierung auch nicht unterstützt. Soweit Amerikas Interessen mit denen Japans an der sibirischen Küste kollidieren, kann die Wiedergeburt eines starken nationalen russischen Staates für Amerika von Vorteil sein; aber es ist dennoch nicht anzunehmen, daß die Vereinigten Staaten zur Erreichung dieses Zieles irgendwelche Aktivität entwickeln. An der friedlichen Ausbeutung des russischen Nationalreichtums ist den amerikanischen Kapitalisten nicht weniger gelegen als ihren englischen oder französischen Klassenbrüdern, und die amerikanische Industrie- und Handelswelt bemüht sich bereits jetzt (teilweise durch ihre Hilfsorganisationen!), für sich Stützpunkte in Rußland zu schaffen.

Was Deutschland betrifft, so besteht sicherlich in gewissen einflußreichen Kreisen die Neigung, die russische Frage als einen Haupttrumpf im Kampfe gegen die Entente auszuspielen. Im Welt-

krieg war es an erster Stelle Deutschland, das an der Schwächung und Zerstückelung des alten russischen Reiches abeitete. Jetzt aber, wo Deutschland in seiner Abwehrstellung gegenüber dem französischen Imperialismus vollkommen isoliert dasteht, möchten sich gewisse deutsche Kreise auf Rußland stützen.

Frankreich, das mit gezücktem Schwert im Westen am Rhein und an der Ruhr steht, hat auch im Osten Deutschlands, an der Weichsel, eine Macht ins Leben gerufen, die, mit französischen Waffen und französischer Munition ausgerüstet, in nicht minder offensiver Stellung Deutschland gegenüber verharrt. Diese Macht ist der neue polnische Staat, dem die Entente einen beträchtlichen Teil des deutschen Nationalvermögens, das oberschlesische Industriegebiet, in die Hände gespielt hat. Dieses Polen ist aber zugleich Frankreichs Schutzwall gegen Sowjetrußland. Das ergibt eine Interessengemeinschaft Deutschlands und Rußlands, die zu einer Annäherung der beiden Reiche führen muß. Ein Bündnis mit Rußland soll Deutschland außerdem Gelegenheit geben, durch Rußland auf die Entente einzuwirken und eine gewisse Rolle in der asiatischen Politik zu spielen, wozu mitbestimmend hinzukommt, daß Rußland auch im Orient, so in Kleinasien und Persien, mit England und Frankreich in mancher Beziehung kollidiert. Ausschlaggebender jedoch als diese politischen Motive sind für Deutschland die ökonomischen. Rußland hat für die deutsche Industrie riesige Absatzmärkte, zugleich ist es aber auch ein Hauptlieferant von Rohstoffen, wie Holz, Häute, Getreide, Erz und dergleichen.

Der deutsche Handel ist seit jeher mit den russischen Verhältnissen wohl vertraut, die deutschen Kaufleute und Industriellen haben in Rußland gute Verbindungen, und Rußlands Bedarf an Fertigfabrikaten und sonstigen Industrieerzeugnissen ist so groß, daß der russische Markt der deutschen Industrie Beschäftigung auf Jahre hinaus garantieren könnte. Rußland in den Wirkungskreis seiner Volkswirtschaft einzubeziehen ist für Deutschland die einzige Möglichkeit, der ökonomischen Krise zu entgehen, die sich mit Notwendigkeit einstellen muß, wenn es Frankreich nur halbwegs gelingt, seine Pläne Deutschland gegenüber zu verwirklichen.

All diese Umstände und zuletzt der Einfall in das Ruhrgebiet trugen dazu bei, die Absichten und Bestrebungen der deutschen bürgerlichen Parteien, selbst der reaktionärsten unter ihnen, die noch vor kurzem an einen Kreuzzug gegen den Bolschewismus mit Ludendorff oder Hoffmann an der Spitze dachten, wesentlich umzustellen. Immer lauter erschallen in der deutschen bürgerlichen Presse die Lobgesänge auf die Bolschewiki als die zielbewußten und willensstarken Männer, in immer wärmeren Tönen werden die Lebensbedingungen in Rußland und vor allen Dingen die aussichtsreichen und profitversprechenden Möglichkeiten gepriesen. Die russischen Bolschewiki haben jetzt wahrlich keine besseren Freunde und Bundesgenossen als die deutschen Spießbürger, Kaufleute und Industriellen.

2. „KONZESSIONEN“ UND INTERNATIONALES KAPITAL IN RUSSLAND

Bei der Betrachtung der Rußlandpolitik der einflußreichsten Länder haben wir feststellen können, daß keines von ihnen im Augenblick danach strebt, die Sowjetregierung zu stürzen, daß überdies die große Mehrzahl an dem Weiterbestehen dieser Regierung unmittelbar interessiert ist und jedem Versuch eines politischen Umsturzes in Rußland mit Besorgnis entgegensieht, ihm eventuell auch direkt entgegenwirken würde.

Besonders kraß treten diese Momente in der Politik der neuentstandenen russischen Randstaaten, in der Politik Lettlands, Polens, Estlands und Finnlands in die Erscheinung. Sie machen kein Hehl daraus, daß die Bolschewiki ihrer nationalen Existenz viel weniger gefährlich sind, als eine andere Regierung ihrer Ansicht nach sein würde. Aus diesem Grunde unterstützen sie nolens volens die russische Sowjetregierung, ja, sie haben sie in ihrem gefährlichsten Augenblick — während des Matrosenaufstandes in Kronstadt unmittelbar gerettet. Gerade in diesem für die Fortdauer der Bolschewikiherrschaft entscheidenden Augenblick erklärte sich Polen bereit, den Rigaer Frieden zu unterzeichnen, während Finnland jede Unterstützung der aufständischen Matrosen verweigerte und Lettland gar offiziell erklärte, es wünsche den Sieg der Kronstädter Matrosen nicht, weil ihm die Bolschewiki viel lieber seien.

Auf diese Weise ist es zu dem größten Paradoxon der Weltgeschichte gekommen: der Weltkapitalismus duldet, ja unterstützt sogar das kommunistische Rußland, die kapitalistischen Länder sind an dem Fortbestehen der kommunistischen Regierung in Rußland interessiert.

Gewiß, der Kapitalismus als solcher, als Ganzes, steht zu dem kommunistischen Regime in unüberbrückbarem Gegensatz und strebt dessen Beseitigung an. Doch die Interessen der einzelnen nationalen Kapitalismen bedingen das Gegenteil: sie verlangen die Unterstützung gerade des russischen Kommunismus als Regierungssytem.

Selbstverständlich wird diese Politik nicht in allen Länder der kapitalistischen Welt in gleichem Maße und mit der gleichen Konsequenz betrieben. Es lassen sich da fortgesetzt Schwankungen beobachten, doch die Hauptrichtung der europäischen und außereuropäischen Rußlandpolitik hat sich klar und deutlich herausgebildet. Nur noch sehr naive und sentimentale ausländische Kommunisten pflegen von Zeit zu Zeit die alte Weise von den unglücklichen heldenmütigen Bolschewiki aufzufrischen, gegen die sich die gesamte kapitalistische Welt verschworen habe, um die „sozialistische Räteherrschaft“ in Rußland durch eine „bürgerliche Demokratie“ zu ersetzen.

Außer dieser allgemeinen politischen Wirkung wird das weltwirtschaftliche Milieu auf die russische Wirtschaft auch unmittelbar einwirken. Rußland ist seiner wirtschaftlichen Struktur nach ein Land, das in ökonomischer Isolierung von der übrigen Welt nicht existieren kann. Noch vor dem Kriege war Rußland gezwungen, eine

ganze Anzahl von Industrieprodukten, die es im Inlande nicht produzieren konnte, aus dem Auslande einzuführen. Um wie viel schlimmer ist es jetzt geworden, wo die russische Industrie völlig brach liegt (nach den Angaben des bekannten russischen Oekonomisten S. Prokopowitsch vom Mai 1923 weist die russische Industrie nur 16 Prozent der Vorkriegsleistung auf), die russische Landwirtschaft weder Maschinen noch Zugtiere oder Düngemittel hat und das ganze Land buchstäblich nach Industrieerzeugnissen schreit! Rußland ist in allem auf das Ausland angewiesen, es kann als moderner Staat nicht weiter existiren, wenn sein Bedarf an Maschinen, landwirtschaftlichen Geräten, Industrieerzeugnissen und Rohmaterialien für die einheimische Produktion nicht vom Ausland gedeckt wird.

Die Kohlenbergwerke im Donezgebiet, der russischen Ruhr, die jetzt einen winzigen Bruchteil der Friedensproduktion erzeugen, können nicht instand gesetzt werden ohne industrielle Kredite in Höhe von einigen hundert Millionen Goldrubeln. Nicht viel anders ist es mit der Naphthaindustrie, der elektrotechnischen Industrie, den zahllosen Kommunalbetrieben, der Platin- und Goldindustrie usw. bestellt.

Das ist eine Tatsache, von deren Realität nicht nur das ganze russische Volk, sondern selbst seine jetzige Regierung überzeugt ist.

Womit kann aber Rußland die so dringend notwendigen Maschinen und übrigen Einfuhrartikel bezahlen? In früheren Zeiten pflegte Rußland mit Getreide und Rohstoffen zu zahlen, mit Holz, Flachs, Häuten, Schweineborsten, Butter, Eiern, Platin, Naphtha usw.

Jetzt reicht das russische Getreide nicht einmal für den eigenen Bedarf aus, und eine großzügige Hilfsaktion in Amerika und Europa mußte organisiert werden, um die verhungernde Bevölkerung weiter Gebiete mit Brot zu versorgen. Daran kann der Umstand nichts ändern, daß die Sowjetregierung in der letzten Zeit, trotz der Hungersnot, krampfhafte Anstrengungen macht, Getreide nach dem Ausland zu exportieren. Es kann sich im besten Falle um verhältnismäßig geringe Mengen handeln, die in gar keinem Verhältnis zu dem russischen Einfuhrbedürfnis stehen *). Um Holz, Häute, Naphtha, Gold, Platin ist es augenblicklich nicht viel besser bestellt. Es ist also nur die eine Möglichkeit gegeben, daß Rußland ausländische Waren auf Kredit erhält, daß eine große Anleihe aufgelegt wird, die Rußland in späteren Jahren, bei günstigerem Stand der einheimischen Wirtschaft bezahlen wird. Als Pfand wird jedoch Rußland dem ausländischen Kapital die Ausbeutung von russischen Fabriken, Bergwerken, Wäldern, vielleicht Eisenbahnen u. dgl. m. auf dem Konzessionswege übertragen müssen. In diesem Sinne hat die Sowjetregierung sämtlichen kapitalistischen Ländern offizielle Vorschläge unterbreitet, über die nun seit geraumer Zeit verhandelt wird.

---

*) Der Lieferungsvertrag mit Deutschland im Sommer 1923 lautete auf 20 Millionen Pud (1 Pud = ca. 16 kg).

Die Frage der ausländischen Kredite und Anleihen gestaltet sich, soweit kapitalistische Länder mit normaler, d. h. kapitalistischer Gesellschaftsstruktur in Betracht kommen, äußerst einfach. Hier steht der Schuldnerstaat den geldgebenden Kapitalisten und Kapitalistengruppen genau wie jeder andere Kapitalbedürftige gegenüber. Wesentlich anders wird die Sache, wenn es sich um ein Land handelt, in dem keine Garantien der Unantastbarkeit des Privateigentums existieren, in dem alles dem Staat und nur dem Staat allein gehört, wo der Außenhandel ein ausschließliches Monopol der Regierung darstellt. Da ist das Risiko für den privaten Geldgeber doch viel zu groß. Welche Formen die „Rußlandhilfe" der kapitalistischen Länder, d. h. ihre Ausbeutung des neuaufzurichtenden russischen Wirtschaftslebens annehmen wird, läßt sich vorerst noch nicht genau übersehen. Im großen und ganzen jedoch kann man sagen, daß sich die kapitalistische Rußlandaktion durch die Bildung von nationalen Kapitalistengruppen, Trusts, Konzernen verwirklichen wird (solche Interessentengruppen haben sich bereits in Deutschland und England gebildet), denen gegen Gewährung von Krediten gewisse produktive Garantien in Form von Konzessionen in Rußland gegeben werden müssen. Ob sich diese einzelnen Trusts und Konzerne zu einer internationalen Organisation vereinigen werden, kann mit Bestimmheit nicht vorausgesagt werden.

Die Lage ist, kurz gefaßt, die: Bekommt Rußland keine ausländischen Kredite, so ist es wirtschaftlich ruiniert; bekommt es Kredite, so nur unter solchen Bedingungen, die Rußland wirtschaftlich in eine Kolonie des ausländischen Kapitals zu verwandeln drohen.

Was für soziale und politische Konsequenzen sich daraus für die Entwicklung des russischen Staates ergeben müssen, liegt auf der Hand.

Ohne eine restlose Wiederherstellung des Privateigentums in Rußland in seinem vollen rechtlichen und sozialen Umfange wird von einer Beteiligung der ausländischen Kapitalisten am Wiederaufbau der russischen Wirtschaft selbstverständlich keine Rede sein können, ganz davon abgesehen, daß die Anerkennung der alten Verpflichtungen der zaristischen Regierung die erste Voraussetzung dieses Wiederaufbaues ist.

Mit Rücksicht auf die Verhandlungen mit den ausländischen Mächten hat die Sowjetregierung schon das meiste in dieser Hinsicht getan. Die alten Schulden sind im Wesen als verbindlich anerkannt und eine Anzahl neuer Dekrete über die Unantastbarkeit des Privateigentums erlassen worden, das nunmehr weder beschlagnahmt noch konfisziert werden darf. Ferner sind zu verzeichnen die Erlaubnis, unbeschränkte Geldmengen bei sich zu führen (während man früher nicht über 10 000 Mark bares Geld verfügen durfte), die Wiedereinführung der privaten Banknoten, die Handels- und Produktionsfreiheit, die Entziehung der Handels- und Wucherangelegenheiten aus der Sphäre der Tscheka-Gerichtsbarkeit usw. Endlich die Wiederherstellung der Einrichtungen des bürgerlichen und Handelsrechts

(betr. Wechsel- und Scheckverkehr, Handelsverträge, Zahlungen, Zinsen usw.), der Advokatur, der Notariate, Banken usw. beschlossen worden. Mit anderen Worten: der gesamte Rechtsapparat der kapitalistischen Wirtschaft ist wieder eingeführt, der Kommunismus abgeschafft und die Welt des Privateigentums neu aufgerichtet worden.

Je mehr Betriebe und Fabriken die ausländiscen Kapitalisten auf der Basis des „kommunistisch" geschützten Privateigentums nun errichten, Konzessionen ergattern, Waren einführen, desto eifriger werden sich um sie die neuen r u s s i s c h e n Kapitalisten scharen, desto schneller und gründlicher werden sich die Elemente der kapitalistischen Wirtschaft in Sowjetrußland entwickeln.

Und in dem Maße, wie ein starkes Rußland den beteiligten Mächten unerwünscht, eine demokratische Regierungsform der uneingeschränkten kolonialen Ausbeutung hinderlich, eine freie Presse und eine öffentliche Kontrolle des Verwaltungswesens den Kapitalisten gefährlich, folglich verhaßt ist, werden die künftigen Herren der Trusts und Industriekonzerne in Rußland j e d e w a h r e D e m o k r a t i e i n S t a a t u n d V e r w a l t u n g b e k ä m p f e n.

Wirtschaftlich — eine Verstärkung der kapitalistischen Entwicklungstendenzen, politisch — eine Unterdrückung der demokratischen und eine Förderung der bureaukratisch-despotischen Entwicklungsmöglichkeiten — das ist zunächst die Auswirkung des internationalen Milieus im Leben des russischen Sowjetstaates.

Das bedeutet aber nichts anderes, als daß die von außen auf Rußland einwirkenden Kräfte die Tendenzen der innerpolitischen Entwicklung nur noch verstärken, d. h. Rußland a u f d e m W e g e z u m B o n a p a r t i s m u s vorwärtstreiben*).

IV. SCHLUSSBETRACHTUNGEN

1. KAPITALISMUS ODER KOMMUNISMUS?

Bei der Durchführung der „neuen Wirtschaftspolitik", dem systematischen Rückzug vor dem Prinzip des Privateigentums und der privatkapitalistischen Produktionsmethoden, trösteten sich die Kommunisten mit dem angeblichen T e i l charakter dieses Rückzuges. Unter Hinweis darauf, daß sie nicht nur den p o l i t i s c h e n M a c h t a p p a r a t, sondern auch die G r o ß i n d u s t r i e in ihrer Hand behielten, behaupteten sie, daß sie das Wesen ihrer kommunistischen Machtposition nicht aufgegeben hätten. Der „Staatskapitalismus", wie die Kommunisten die in Rußland herrschende Wirtschaftsordnung nun bezeichneten, sei ein Sprungbrett, das jedoch

*) In der Tat wird diese Entwicklung — auf die Spitze getrieben — zur Errichtung einer aus dem Bonapartismus hervorgegangenen antidemokratischen, despotischen, aber auch s t a r k n a t i o n a l e n m i l i t ä r i s c h e n M a c h t führen müssen. Mit einem solchen Ergebnis ihrer eigenen Bemühungen werden wohl manche kapitalistischen Staaten sehr wenig zufrieden sein. Zurzeit jedoch kümmern sie sich sehr wenig darum und sind auch nicht fähig, den zwangsläufigen Gang der Entwicklung zu übersehen und richtig einzuschätzen.



keinen Sprung in das Reich der Freiheit, sondern einen stetigen Aufstieg zum Kommunismus bedeute.

Die kommunistischen Führer erkennen, wie aus den Aeußerungen Trotzkis, Lenins und anderer hervorgeht, sehr wohl die mit der entstandenen Situation notwendig zusammenhängenden Gefahren. Woher also dann ihr unerschütterlicher Optimismus? Woher die Gewißheit, daß der neuerstehende Kapitalismus, den sie mitgründen helfen, den sogenannten „Staatskapitalismus" nicht auch mitreißen wird in den einen großen Strom der privatkapitalistischen Entwicklung?

Man tut gut, sich die diesbezüglichen Ausführungen Trotzkis auf dem letzten Kongreß der Kommunistischen Internationale im November 1922 und seine Reden auf dem bereits mehrfach erwähnten 12. Parteitag der KPR. etwas näher anzusehen.

Die Kardinalfrage, die sich Trotzki vorlegt, lautet: Sind objektive Ursachen zu Befürchtungen in bezug auf die eventuellen Auswirkungen der neuen Wirtschaftspolitik, der an ausländische Kapitalisten gemachten Konzessionen usw. vorhanden, und sind diese Befürchtungen berechtigt?

Die Ergebnisse seiner Untersuchungen zeugen von einem unglaublich oberflächlichen Optimismus. Es stellt sich nämlich nach Trotzki heraus, daß in Wirklichkeit Gefahren überhaupt nicht vorhanden und alle daran geknüpften Befürchtungen müßige, grundlose Betrachtungen seien.

Zunächst die sogenannten Konzessionen. Trotzki behauptet, daß Konzessionen nie eine Gefahr darstellen würden, weil es zu Konzessionen überhaupt nicht kommen könne. Nicht etwa, weil die Kommunisten keine gewähren werden, sondern weil der internationale Kapitalismus zu schwach sei, um Konzessionen zu übernehmen! Die Uebernahme von Konzessionen bedeute eine Bindung auf Jahrzehnte hinaus, während der Weltkapitalismus seines Lebens in keiner Weise sicher sei, ja sogar schon auf dem Sterbebett liege. Da das internationale Kapital nicht einmal hofft, den kommenden Tag zu überleben und sich nicht für ein bis zwei Jahre im voraus zu binden wagt, wie soll es da Verpflichtungen auf ein bis zwei oder gar noch mehr Jahrzehnte hinaus eingehen können?

Manche fürchten — sagt weiter Trotzki —, daß der ausländische Kapitalismus uns mitsamt unserer ganzen sozialistischen Wirtschaft mit Haut und Haaren verschlingen wird. „Eine solche Gefahr", erklärt Trotzki, „besteht nicht, weil ein solcher Kapitalismus gar nicht existiert."

„Ihr hört das Wort „Staatskapitalismus" — ruft Trotzki den Kongreßdelegierten zu — „und erzittert vor seinen angeblichen Auswirkungen. Mehr noch, Ihr glaubt, wir hätten auf den Kommunismus verzichtet und uns der Einführung des Kapitalismus gewidmet!"

Nichts unwahrer als das! Am ganzen Staatskapitalismus sei nichts mehr als das bloße Wort. Wir sind dieselben geblieben, derselbe proletarische Staat, der die ganze Indu-

strie in der Hand hat. Nur haben wir aus praktischen Rücksichten unserem Kommunismus ein kapitalistisches Gewand angetan.

Es soll dies also heißen, daß die „neue" Wirtschaftspolitik in Wirklichkeit gar nicht neu sei, daß der neue „Kapitalismus" mit wirklichem Kapitalismus gar nichts zu tun habe — all das Neue sei nichts als Mummenschanz, sei die alte, angeblich kommunistische Wirtschaftsorganisation mit neuem Aushängeschild der etwas besseren Ruf genießenden Firma „Kapitalismus". So Trotzki!

Aber die Oekonomie einer Gesellschaft läßt sich nun einmal nicht an der Nase herumführen. Soweit die Wirtschaftsorganisation des Landes unverändert geblieben war, blieb auch das alte Chaos unverändert dasselbe. Die Verbesserung der allgemeinen Lage, die in gewissem Sinne eintrat, erfolgte aber nur in dem Maße, wie die staatliche Zwangsorganisation wirklich durch eine private, besser funktionierende ersetzt wurde. Auch ein Trotzki kann nicht leugnen, daß der Mummenschanz doch bestimmte Opfer grundsätzlicher Natur verlangte, die ihm zuliebe auch gebracht wurden. Auf die Proklamierung der Handelsfreiheit folgte notgedrungen die tatsächliche Freigabe des Marktes, worauf auch eine größere Anzahl kleiner Fabrikbetriebe an private Unternehmer in Pacht vergeben wurden. Und das bedeutet nicht nur mehr bloßen „Mummenschanz", sondern eine Wesensänderung in der Sache selbst. — Aber auch das schreckt Herrn Trotzki nicht. In den staatlichen Indusriebetrieben, erwidert er, sind 1 000 000, in den Privatbetrieben nicht mehr als 80 000 Arbeiter beschäftigt. Während 70 Prozent des gesamten Handels in den Händen des Staates konzentriert sind, befinden sich in den Händen der Privatkaufleute etwa 30 Prozent, während der gesamte Außenhandel Monopol des Sowjetstaates ist.

Gewiß, 80 000 Arbeiter und 30 Prozent des Handels — das sind keine erschreckend hohen Zahlen. Trotzkis Unglück besteht aber darin, daß die ganze Aufbesserung der wirtschaftlichen Lage, die sich im Laufe des letzten Jahres bemerkbar machte, gerade durch die verschwindend wenigen Privatbetriebe mit ihrer lächerlich geringen Zahl von 80 000 Arbeitern und durch die 30 Prozent des nationalen Handels bewirkt wurde. Soll der Gesundungsprozeß weiter vor sich gehen, so muß die Zahl der in Privatbetrieben beschäftigten Arbeiter von 80 000 auf 200 000, 300 000, ja 4 500 000 steigen, und nicht 30 Prozent, sondern 80 Prozent des gesamten Handels müssen in die Hände von Privatkaufleuten übergeführt werden.

Die Staatsbetriebe sterben allmählich ab, von der Million Arbeiter arbeiten vielleicht 200 000 bis 300 000, während die privaten Betriebe mit ihren 80 000 Arbeitern immer mehr aufblühen.

Das ist das eiserne Muß der wirtschaftlichen Entwicklung, gegen das Trotzki mit all seiner Schönrederei ohnmächtig ist.

Auf dem 12. Parteitag der KPR. führte Trotzki wieder eine Statistik der verstaatlichten und privaten Betriebe vor, um die Ungefährlichkeit des Privatkapitals für den Kommunismus darzutun. Die

Unzuverlässigkeit und der tendenziöse Charakter der Trotzkischen Angaben ist inzwischen in der russischen Presse, auch im „Sozialistischen Boten" (Nr. 10, 12. Mai 1923, Berlin) erschöpfend dargelegt worden.

Aber will man selbst die Angaben gelten lassen, so betrug die Produktion der staatlichen Großindustrie im Jahre 1922 900 Millionen Goldrubel, die Produktion der privaten Industrie — die Landwirtschaft mit eingerechnet — 4 Milliarden, das Gewerbe und die Kleinproduktion einbezogen — 4,5 Milliarden Goldrubel.

Was nun den Prozeß der Gesundung der russischen Industrie betrifft, so beläuft sich die Zunahme der Produktion seit 1921 (der Periode der schlimmsten wirtschaftlichen Katastrophe) für die staatliche Industrie auf 45 v. H., für die Privatindustrie dagegen (ohne die Landwirtschaft) auf 70 v. H.

Das Wesentliche aber ist, daß die staatliche Industrie nach Trotzkis eigenem Eingeständnis trotz ihrer unverhältnismäßig hohen Preise, die die der Privatindustrie bedeutend überragten, mit gewaltigem Defizit arbeitete.

Selbst hohe kommunistische Würdenträger, wie Wladimirow, können sich nicht zu Trotzkis Optimismus bekennen.

„Meines Erachtens", erklärte dieser, „ist die Lage der Dinge noch schlimmer, als sie Trotzki kennzeichnete. . . Das Defizit von 250 Millionen (!) Goldrubel ist rein äußerlich, seine tatsächliche Ziffer ist viel höher. Das Geldkapital hat bereits eine ernste, nicht zu unterschätzende Bedeutung gewonnen. Eine Anzahl kleinerer Handelsunternehmungen hat sich . . . vor unseren Augen in Großunternehmungen verwandelt. In den Dörfern nimmt die Rolle und Bedeutung des privaten Handels zu, der es verstand, die Bauern an sich zu reißen und ihnen zugleich zu billigeren Preisen zu verkaufen. Neben der schweren Lage der (staatlichen) Industrie läßt sich beobachten, wie das Privatkapital immer mehr emporkommt. Eine solche Staatsindustrie zu unterhalten hat der Staat keine Möglichkeit."

Auf die völlige Unfähigkeit des staatlichen Industrieapparates, billig und vorteilhaft das Handelsgeschäft zu betreiben, weist die gesamte kommunistische Presse mit seltener Einmütigkeit hin.

Lenin selbst sagt in seiner Zuschrift an die „Prawda", die er kurz vor seiner letzten Erkrankung verfaßte, „daß Rußland nicht nur keinen staatlichen Apparat besäße, der „sozialistisch" oder auch nur „europäisch" genannt zu werden verdiente, sondern auch „gar keine Elemente, aus denen ein derartiger Apparat aufgebaut werden könnte". Der staatliche Apparat ist nach Lenins Behauptung so schlecht, „daß es sich nicht einmal verlohnt, darüber zu sprechen". Dabei berechtigt das niedrige kulturelle Niveau des Landes und seiner Arbeiterklasse *) zu keinerlei Hoffnungen auf diesbezügliche Fortschritte in absehbarer Zeit.

*) Die sowjetamtliche „Iswestija" berichten in ihrer Nummer vom 15. Oktober 1922, daß es zufolge der Angaben über das Jahr 1921 „etwa 20 Jahre bedürfen würde, um allen Kindern der Werktätigen (!) — also nicht der gesamten Bevölkerung — im Alter von 8 bis 10 Jahren den elementarsten Schreib- und Leseunterricht sicherzustellen". In den Angaben über das Jahr 1922 ist nun sogar eine Verschlechterung gegenüber dem Vorjahre um 30 % festzustellen.

Wollte Lenin ehrlich sein, so hätte er, was ein beträchtlicher Teil der Kommunisten bereits einzusehen beginnt, hinzufügen müssen, daß das hauptsächlichste Hindernis auf dem Wege zur Herausbildung eines tüchtigen, zuverlässigen und guten Verwaltungsapparates die vom Regime der *terroristischen Diktatur* geschaffene Atmosphäre der allgemeinen Verantwortungslosigkeit ist, die auf der Aufhebung des Wahlprinzips, der Beseitigung der Kontrolle der Verwaltung durch die öffentliche Kritik und dem Fehlen einer freien Presse und der Selbständigkeit des Volkes beruht.

Der Kommunist *Stalin*, Generalsekretär des Kommunistischen Zentralkomitees und Volkskommissar, hat wohl einen tieferen Gedanken, als er selbst beabsichtigte, zum Ausdruck gebracht, als er auf dem 12. Parteitag der KPR. erklärte, „es sei leichter mit Hilfe der Kavallerie des Genossen Budjenny*) ein Land zu erobern, als 2 oder 3 Genossen zur Verwaltung des Staates zu erziehen".

Die Diktatur kann unter Umständen ein brauchbares Organ der militärischen Defensive oder Offensive, d. h. im Grunde genommen ein *Zerstörungswerkzeug* sein, sie versagt aber völlig, wenn sie als Instrument eines *positiven Aufbaues* und als *Erziehungsmittel* angewandt wird.

Das einzige Regime, unter dem der Aufstieg der breiten Massen und die Herausbildung eines guten Staatsmechanismus möglich sind, ist das der vollkommenen *Demokratie*. Die bitteren Erfahrungen der Bolschewiki bestätigen nur, was die Sozialdemokratie stets gelehrt hat und was mit solchem Nachdruck die glühende Revolutionärin, zugleich aber auch Marxistin *Rosa Luxemburg* gegen Lenin und Trotzki vertreten mußte.

In ihrer bekannten Broschüre „Die russische Revolution" (Berlin 1921), die zur Zeit der erstaunlichsten politischen Erfolge des Bolschewismus veröffentlicht wurde, schrieb diese hervorragende Denkerin und Politikerin:

„Gewiß, jede demokratische Institution hat ihre Schranken und Mängel... Mir ist das Heilmittel, das Trotzki und Lenin gefunden: die Beseitigung der Demokratie überhaupt, noch schlimmer, als das Uebel, dem es steuern soll. Es verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können: das aktive, *ungehemmte*, energische, politische Leben der breiten Volksmassen."

„Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Preß- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben..."

Ja, noch mehr: solche Zustände müssen eine Verwilderung des öffentlichen Lebens zeitigen."

Ohne einen guten, billigen Verwaltungsapparat kann aber eine gute, billig arbeitende Staatsindustrie nicht existieren. Unter solchen Ver-

---

*) Der berühmte Kosakenwachtmeister, der Chef des „roten Kosakenkorps" geworden ist.

ältnissen hat auch die Bauernschaft kein Interesse am Sozialismus, er durch den kommunistischen Staat repräsentiert wird, sie gerät nmer mehr in Abhängigkeit vom privaten Kapital.

Der bekannte Kommunist W. *Karpinski*, Chefredakteur eines eziell für Bauern herausgegebenen kommunistischen Parteiorgans, ißt in der Nr. 86 der „Prawda“ vom 20. April 1923 den Warnruf rschallen, daß „es mit dem Dorfe bei uns schlecht bestellt“ sei! ie ärmeren Dorfschichten entgleiten uns und geraten unter den Einuß der Dorfbourgeoisie, die dank der „neuen Wirtschaftspolitik“ n Macht und Bedeutung gewinnt.

Wir haben gesehen, daß infolge der miserablen Verwaltung die taatsindustrie nicht in der Lage ist, mit dem Privatkapital zu konurrieren. Wir haben Trotzkis Erklärungen gehört, daß nicht einal auf den Zufluß ausländischen Kapitals gerechnet werden könne.. Vas bleibt nun übrig? Worauf hoffen die kommunistischen Optiisten?

Auf ihre *politische* Macht, erklärte mit Stolz Trotzki in seinem ereits zitierten Referat auf dem Kongreß der Kommunistischen nternationale.

Wir haben die Fülle der politischen Macht in unseren Händen, *ir* verfügen über den Staatsapparat, kurz, *wir* sind die Herrschenlen, und *wir* machen, falls es *uns* beliebt, Zugeständnisse an die Kapitalisten.

Wörtlich heißt es dann weiter: „Wir haben es in der Hand, iese Zugeständnisse unseren Wünschen gemäß *abzumessen*, amit sie *uns nicht gefährlich werden*. Und in *unseren* Händen liegt die Schere, mit dem wir die Bourgeoisie „stutzen“ verden, sobald sie anfängt, zu sehr zu wachsen.“

„Das ganze 19. Jahrhundert“, fährt Trotzki fort, „hat die Boureoisie damit zugebracht, dem Kleinbürgertum, den Bauern, den beren Schichten des Proletariats Zugeständnisse zu machen.... Nichtsdestoweniger lebt sie heute noch, weil sie die Macht besessen ind die Möglichkeit gehabt hat, den Umfang ihrer Zugeständnisse bzuwägen.

Das Beispiel Trotzkis wäre allerdings schlagend, wenn er nicht bloß zwei „Kleinigkeiten“ außer acht ließe, die geeignet sind, das gezeichnete Bild ganz wesentlich zu verändern.

Erstens waren die politischen Zugeständnisse, die die Bourgeoisie den Kleinbürgern und Bauern, ja sogar den Arbeitern gemacht haben soll, in Wirklichkeit gar keine „Zugeständnisse“. Die Gewährung des allgemeinen Wahlrechts, die politischen Freiheiten und selbst manche sozialen Reformen verlangten wohl gewisse Opfer seitens einiger *Kategorien* des Großbürgertums. Jedoch das Bürgertum *als solches*, als *Klasse*, als Repräsentant des *Kapitalismus*, hat hierbei nicht nur keine Opfer gebracht, sondern es hat im Gegenteil von all diesen „Zugeständnissen“ nur *profitiert*.

Demokratie, politische Freiheit, Sozialreform (bis zu einer gewissen, keineswegs aber eng gezogenen Grenze) sind dem Kapitalismus *nützlich, nicht schädlich*.

Solche „Zugeständnisse“ hat die Bourgeoisie mit und ohne Maß, mit und ohne Abwägung der Folgen gleichermaßen gewähren können. Das Charakteristikum ihres sozialen Daseins, die Herrschaft des Kapitalismus, ward durch diese Maßnahmen nicht gefährdet, und noch kein Zeitalter hat ein derartiges Aufblühen des Kapitalismus gesehen, wie gerade jene „Epoche der Zugeständnisse“ des 19. Jahrhunderts.

War aber die Bourgeoisie in Gestalt ihrer Klassenvertretung einmal doch gezwungen, dem Proletariat Zugeständnisse zu machen, die an ihrem innersten Wesen zu rütteln drohten, so verstand sie es immer, dieselben ungefährlich zu machen, aber nur, weil sie trotz aller ihrer organischen Fehler die Fortdauer des gesellschaftlichen Produktionsprozesses sicherzustellen vermochte.

Wenn sie sich dann anschickte, mit ihrer Schere das aufstrebende Proletariat zu stutzen, konnte sie es um so eher tun, als sie das wirtschaftliche Leben dadurch nicht ins Stocken brachte und der Staatsapparat tatsächlich ein zuverlässiges Werkzeug in ihren Händen darstellte.

Anders die Kommunisten heute. Jedes Zugeständnis, das sie dem Groß- oder Kleinbürgertum oder den Bauern machen, bedeutet einen Schnitt ins eigene Fleisch, einen Widerspruch zu dem eigenen Wirtschaftssystem, einen Verzicht auf das eigene Wesen, ein Aufgeben ihrer selbst. Denn alle diese Zugeständnisse stärken nicht den Kommunismus, sondern schwächen und schädigen ihn und bedeuten jeweils immer einen Schritt weiter auf dem Wege zu seiner Vernichtung.

Die kommunistische Regierung ist auch nicht in der Lage, nach eigenem Ermessen abzuwägen und zu bestimmen, wie weit sie in ihren Zugeständnissen und Einschränkungen gehen kann — denn sie ist unfähig, die Produktion zu organisieren — sie bedarf dazu eben jener Schichten, die sie hemmen und einschränken will. Diese bedeuten zur Zeit in Rußland eine Beeinträchtigung der normalen ökonomischen Entwicklung, eine Hemmung des wirtschaftlichen Lebens und somit eine Vergrößerung von Not und Elend, ein Festhalten am ökonomischen und kulturellen Ruin des Landes. Die Lebensbedürfnisse des Landes verlangen den Verzicht auf das „Stutzen“ der Bourgeoisie, der — leider! — einzigen wirtschaftlich schaffenden Kraft im heutigen Rußland.

Ueberdies haben die Bolschewiki aber auch keineswegs die Möglichkeit einer freien Verfügung über die zum Stutzen notwendige „Schere“. Der staatliche Machtapparat ist nicht kommunistisch. Er besteht zu 90 Prozent aus Leuten, die dem Kommunismus gleichgültig, wenn nicht feindlich gegenüberstehen und eine durch und durch bürgerliche Psychologie aufweisen.

Je mehr sich die vorhandenen kapitalistischen Ansätze entwickeln werden (und sie werden sich entwickeln müssen, wenn Rußland wirtschaftlich nicht absterben soll), desto mehr wird die kapitalistische Denkweise selbst auf die einigen tausend Beamten übergreifen, die den kommunistischen Reihen entstammen. In der

'sychologie der führenden Kommunisten (insbesondere in der Roten ιrmee) macht sich heute schon eine charakteristische Umstellung emerkbar. Sie erholen sich allmählich von den Wirren des äußeren nd inneren Krieges und suchen ihr Leben ruhig, sicher, kleinürgerlich einzurichten. Die naive Begeisterung der früheren Periode, as ewige Glühen und Streben ist verschwunden, besiegt durch die lacht der Gewohnheit. Man hat sich gewöhnt, zu herrschen, zu reieren, Macht und Reichtum zu genießen, Luxuswohnungen, Autos, omfort zu haben. Man hat sich gewöhnt, bourgeoismäßig zu leben, erade zu einer Zeit, wo die jungen Sprossen des privaten Handels, er privaten Industrie, des konzessionierten Kapitals, an allen Ecken nd Enden zu blühen beginnen. Heutzutage ist das zweifellos ein 'ortschritt, ein konsequenter Kommunismus wäre praktisch und histoisch ein Rückschritt. Und dieser kapitalistische Fortschritt bringt s mit sich, daß die Beamten und Angestellten des Sowjetstaates eistig und materiell in immer größere Abhängigkeit vom aufrstehenden Kapitalismus geraten. Das Messer in der Hand der ommunistischen Machthaber wird mit der Zeit immer stumpfer rerden und Trotzki wird es erleben müssen, daß die Schere zum tutzen der Bourgeoisie die Bourgeoisie selbst unbehelligt lassen, sich ber in eine akute Gefahr für den kommunistischen „Friseur" verrandeln wird.

2. DEMOKRATISCHER KAPITALISMUS ODER BONAPARTISMUS?

So sehen in Wirklichkeit die Machtmittel des Herrn Trotzki aus, nd er selbst hat verfluchte Aehnlichkeit mit einem Menschen, der ie ihm drohende Gefahr ahnt, jedoch zu feige ist, um ihr ins Angeicht zu sehen und ihr im Gegenteil nach bewährter Vogelstraußnanier auszuweichen sucht.

Jedem, der sehen will, stellt sich die russische Wirklichkeit gegenvärtig etwa so dar:

Die kapitalistische Entwicklung in Rußland ist unermeidlich. Wie man sich zu dieser Tatsache auch stellen mag, ie Tatsache selbst läßt sich nicht abändern.

Der Kapitalismus kann dem Lande jedoch in zweierlei Form bechert werden. Entweder in „kommunistischem" Gewande als lespotisches, auf der Unterdrückung jeglicher politischer Freieit beruhendes Herrschaftssystem der ehemals „roten" Bemten, Offiziere und Generale im Bunde mit der neuen Bourgeoisie.)der als verhältnismäßig demokratisches kapitalistiches Gebilde mit politischer Freiheit und demokratischen Gaantien, soweit überhaupt Freiheit und Demokratie innerhalb einer apitalistischen Wirtschaft denkbar und möglich sind.

Der erste Weg, der Weg der Bolschewiki, ist für das Land im llgemeinen, für die Arbeiterklasse im besonderen mit den größten)pfern verbunden. Dieser Weg führt zur Errichtung eines bonaparistisch-militaristischen kapitalistischen Staates, der politisch danach rachten wird, eine „Großmacht" zu sein, ökonomisch jedoch sich

ins Schlepptau der einen oder der anderen ausländischen Kapitalistengruppe wird begeben müssen. Auf diesem Wege wird der Kampf um die Selbständigkeit und die Demokratisierung des russischen Staates viel Zeit und noch mehr Blut kosten.

Der zweite Weg kann schneller, besser und schmerzloser zu demselben Ziele führen. Bloß die engen eigennützigen Interessen der heute herrschenden Schicht sind es, die sich der Entwicklung in dieser Richtung entgegenstemmen.

Der Sozialdemokratie, jenem Vortrupp der Arbeiterklasse, der die kommende Entwicklung voraussieht, obliegt in dieser geschichtlichen Situation die historische Aufgabe der Sammlung und Festigung der zersplitterten Ueberreste des russischen Proletariats, um mit vereinten proletarischen Kräften die Politik der gegenwärtigen Regierung in die erwünschte Richtung zu drängen und im Kampfe um die Lebensinteressen des Proletariats die klassenbewußten Elemente der KPR. mit sich zu reißen.

Auch das Lebensinteresse des internationalen Proletariats verlangt, daß Rußland, das Land der großen Revolution, sich nicht in einen Hort der Weltreaktion, in eine Domäne des triumphierenden Bonapartismus verwandelt.

Unter Einsetzung seiner ganzen Kraft muß es der kämpfenden russischen Sozialdemokratie bei der Erfüllung ihrer historischen Mission zu Hilfe kommen.

Druck: Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena